Christoph Butterwegge

Die zerrissene Republik

Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland

2. Auflage

BELTZ JUVENTA

Christoph Butterwegge
Die zerrissene Republik

Christoph Butterwegge

Die zerrissene Republik

Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland

2., aktualisierte Auflage

BELTZ JUVENTA

Der Autor

Prof. Dr. Christoph Butterwegge war bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2016 Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln und 2017 Kandidat der Linkspartei bei der Bundespräsidentenwahl.

Für Caro, Sina und Miko

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C089473

Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-6309-7 Print
ISBN 978-3-7799-5613-6 E-Book (PDF)

2., aktualisierte Auflage 2020

© 2020 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung und Satz: Ulrike Poppel
Umschlagabbildung: iStock/DNY59
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor_innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Einleitung 9

1 Definitionen, Dimensionen und Diskussionen über Grundlagen der gesellschaftlichen Ungleichheit 11

1.1 Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit als Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit 11
1.2 Armut und Reichtum als Inbegriff der sozioökonomischen Ungleichheit 17
1.3 Theoretiker und Theorien der sozioökonomischen Ungleichheit 29
1.3.1 Karl Marx, Friedrich Engels und die Klassenanalyse 30
1.3.2 Max Webers Typologie der Klassen und Stände 46
1.3.3 Theodor Geiger als Begründer der Schichtungssoziologie 54

2 Untersuchungen zur (west)deutschen Sozialstruktur zwischen seriöser Empirie und purer Ideologie 63

2.1 Die historische Entwicklung der Sozialstruktur: Ungleichheit, Klassen und Schichten vor 1945 64
2.2 Helmut Schelskys „nivellierte Mittelstandsgesellschaft" – Abschied vom Klassenbegriff und Erschütterung des Schichtungsparadigmas 67
2.3 Ralf Dahrendorfs „industrielle Klassengesellschaft" – Entsorgung der Arbeiterklasse durch die Hintertür? 75
2.4 Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas, Claus Offe und Herbert Marcuse: Latenz der Klassengegensätze, horizontale Disparitäten oder Ersatz der Arbeiterklasse durch Randgruppen? 86
2.5 Ulrich Beck und die Fiktion eines „sozialen Fahrstuhl-Effekts" in der „Risikogesellschaft" 103
2.6 Gerhard Schulze und Peter Gross: Milieuvielfalt in der „Erlebnis-" und der „Multioptionsgesellschaft" 112
2.7 Heinz Bude, die soziale Exklusion und das Prekariat: Arme als „Ausgeschlossene", „Überflüssige" und „Entbehrliche" 121
2.8 Oliver Nachtwey und sein „Rolltreppen-Effekt" in der „Abstiegsgesellschaft" 128
2.9 Die neue Klassenstruktur in Andreas Reckwitz' „Gesellschaft der Singularitäten" 135

3 Sozialstrukturentwicklung und Diskurskonjunkturen der Ungleichheit 143

3.1 Währungsreform, Westintegration und „Wirtschaftswunder“ 144
3.2 Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ und die gesellschaftliche Wirklichkeit 155
3.3 Rezession 1966/67, „Ölkrise“ 1973 und Weltwirtschaftskrise 1974/75: Massenarbeitslosigkeit und „neue Armut“ in der „Zweidrittelgesellschaft“ 162
3.4 Mehr Gleichheit auf einem niedrigeren Wohlstandsniveau: Staatssozialismus à la DDR 172
3.5 Die „neue Unterschicht“ und das „abgehängte Prekariat“ als Bodensatz der Gesellschaft? 178
3.6 Existenz-, Verlust- und Zukunftsängste des Durchschnittsbürgers: Erosion der Mittelschicht? 185
3.7 Refeudalisierung der Sozialstruktur und/oder Rückkehr der Klassengesellschaft? 193
3.8 Papst Franziskus und Thomas Piketty: Ungleichheit im Visier der Medienöffentlichkeit 199
3.9 Jens Spahns „Tafel“-Interview, Kevin Kühnerts Sozialisierungsforderung und die Antwort der CDU auf Rezos Video 207

4 Erscheinungsformen der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit 217

4.1 Konzentration des Privatvermögens und Polarisierung der Einkommen 217
4.1.1 Die zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung 218
4.1.2 Zukunftsperspektiven der Verteilungsverhältnisse im demografischen Wandel 223
4.2 Produktion, Reproduktion und/oder Legitimation der sozioökomischen Ungleichheit durch das Bildungssystem? 226
4.2.1 Bildungsungleichheit, „Bildungsarmut“ und Bildungsreichtum 226
4.2.2 Konsequenzen für die Armutsbekämpfung: Verbesserung der Bildung und/oder Umverteilung des Reichtums? 238
4.3 Gesundheitliche Ungleichheit: Wer arm ist, muss früher sterben 243
4.3.1 (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung – ein Gesundheitsrisiko 244
4.3.2 Armut und Krankheit im Alter – eine brisante Wechselbeziehung 250

5 Entstehungsursachen und Entwicklungstendenzen der Ungleichheit: Prekarisierung, Pauperisierung und Polarisierung 254

5.1 US-Amerikanisierung der Gesellschaft als Leitmotiv des Neoliberalismus 254
5.1.1 Das neoliberale Verständnis von Leistung, sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit 258
5.1.2 Ökonomisierung, Privatisierung und (Re-)Kommodifizierung als Instrumente der neoliberalen Politik 264
5.2 US-Amerikanisierung des Arbeitsmarktes: Deregulierung, Prekarisierung der Lohn- und Liberalisierung der Leiharbeit 269
5.2.1 Vorgeschichte, Entstehungshintergrund und Rahmenbedingungen der rot-grünen Arbeitsmarktreformen 269
5.2.2 Gerhard Schröders „Agenda 2010“ und die sog. Hartz-Gesetze 271
5.3 US-Amerikanisierung des Wohlfahrtsstaates: Abwertung, Ökonomisierung und Privatisierung des Sozialen 274
5.3.1 Einführung der Riester-Rente: Altersarmut per Gesetz 280
5.3.2 Rentenkürzung und mehr Altersarmut durch Lebensarbeitszeitverlängerung 283
5.3.3 Hartz IV – Symbol für soziale Demontage, Verarmung und Verelendung 286
5.4 US-Amerikanisierung der Steuerpolitik: Geschenke für Gutbetuchte und Opfer für Bedürftige 291
5.4.1 Steuerpolitik der CDU/CSU/FDP-Koalitionen unter Konrad Adenauer und Helmut Kohl 291
5.4.2 Die rot-grünen Steuerreformen und die Privilegierung der Kapitalanleger durch die Große Koalition 294
5.4.3 Demontage der Erbschaftsteuer für Firmenerben – ein verteilungspolitisches Drama in vielen Akten 306
5.5 Verschärfung der Ungleichheit durch die globale Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise? 319

6 Konturen und Perspektiven einer zerrissenen Republik 325

6.1 US-Amerikanisierung der Sozialstruktur 325
6.1.1 Das Prekariat: Unterschicht, digitales Proletariat oder neue Klasse? 328
6.1.2 Von der vermehrten Fluchtmigration zur ethnischen Unterschichtung der Gesellschaft? 334
6.1.3 Globalisierung der Ungleichheit: Herausbildung einer transnationalen Super- und/oder Unterklasse? 342
6.2 US-Amerikanisierung der Raum-, Regional- und Stadtentwicklung 345

6.2.1 Zerfall der Großstädte in Elends- und Luxusquartiere: Wohnungsnot und Mietenexplosion 347
6.2.2 Zuwanderung, ethnische Segregation und soziale Exklusion 355
6.2.3 Vor einer sozialen Wende in der Wohnungspolitik? 359
6.3 US-Amerikanisierung des sozialen Klimas und der politischen Kultur 361
6.3.1 Entsolidarisierung als Folge der gesellschaftlichen Polarisierung 362
6.3.2 Verhöhnung der sozial Benachteiligten in der Hartz-IV-Gesellschaft 365
6.4 Sozioökonomische führt zu politischer Ungleichheit: Demokratie in der Krise? 372
6.4.1 Resignation, politischer Rückzug und geringe Repräsentation der Armen 373
6.4.2 Finanzmarktkapitalismus und Krise der Repräsentation als Gefahren für die Demokratie 376
6.5 Rechtspopulismus oder Wie der Zorn die Republik zerreißt 382
6.5.1 Verlustängste, Abstiegssorgen und Panikreaktionen der Mittelschicht 382
6.5.2 Wohlstandschauvinismus, Standortnationalismus und Sozialdarwinismus als ideologischer Nährboden des Rechtspopulismus 386
6.6 Zukunftsaussichten einer zerrissenen Republik: Alternativen zur wachsenden Ungleichheit 390
6.6.1 Abschottung gegen Armut: Entwicklung des Mindestlohns zu einem Lebenslohn 393
6.6.2 Solidarische Bürgerversicherung und soziale Mindestsicherung für einen inklusiven Sozialstaat 397
6.6.3 Abschöpfung des Reichtums: Vergesellschaftung und/oder Umverteilung von oben nach unten? 401

Literaturauswahl 405

Einleitung

Seit geraumer Zeit ist die wachsende sozioökonomische Ungleichheit das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, wenn nicht der gesamten Menschheit. Ungleichheit, von den meisten Deutschen hauptsächlich in Ländern wie den USA, Brasilien oder Südafrika verortet, breitet sich verstärkt auch in der Bundesrepublik aus. Sie ist bereits im Kindergarten spürbar, prägt das Erwerbsleben der Gesellschaftsmitglieder genauso wie ihre Bildung und Ausbildung, endet aber nicht mit ihrem Tod, macht vielmehr selbst vor dem Begräbnis und der Grabstätte nicht halt. Die zunehmende Ungleichheit beschränkt sich auch nicht auf die asymmetrische Verteilung von Einkommen und Vermögen, erstreckt sich vielmehr auf unterschiedliche Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit und Mobilität.

Welche gesellschaftliche Stellung jemand einnimmt, hängt nicht vom Geld allein ab, das jemand verdient oder besitzt, sondern wird stark beeinflusst von seinem Geschlecht, seiner ethnischen Herkunft, seiner Staatsangehörigkeit und seinem religiösen Bekenntnis. Darüber hinaus spielen regionale Disparitäten (zwischen Ost- und Westdeutschland, Nord- und Süddeutschland sowie Stadt und Land) eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Ungleichheit. Dennoch ist im Folgenden primär von Armut und Reichtum die Rede, weil die Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess bzw. die hieraus resultierende (Fehl-)Ausstattung mit materiellen bzw. monetären Ressourcen heute fast überall auf der Welt die Hauptdeterminante der Ungleichheit bildet: Wer arm ist, wohnt eher in einer Wellblechhütte im Slum oder im Hochhaus am Stadtrand, und wer reich ist, eher in einer Villa oder im Loft eines angesagten Luxusquartiers. Weder das (weibliche) Geschlecht noch die (schwarze) Hautfarbe oder die (nichtchristliche) Religion wirken zudem sozial diskriminierend, wenn eine Person sehr vermögend ist.

Ebenso brennend wie die sozioökonomische Ungleichheit selbst interessiert uns die Frage, ob bzw. wie sie hierzulande in der Nachkriegszeit wahrgenommen und von den politisch Verantwortlichen, in den Massenmedien und von den Gesellschaftsmitgliedern bewertet wurde. Thematisiert wird also nicht bloß, wie sich die Ungleichheit herausgebildet und warum sie besonders in jüngster Zeit deutlich zugenommen hat, sondern auch, weshalb Staat, Wirtschaft und Gesellschaft darauf bislang nur halbherzig reagiert oder die Spaltung sogar forciert haben, und was getan werden muss, um ihr erfolgreich zu begegnen.

Kriege, Naturkatastrophen und Pandemien haben in der Vergangenheit oft dazu beigetragen, dass die sozioökonomische Ungleichheit nicht überhand-

nahm. Die im Februar/März 2020 nach Deutschland vorgedrungene Corona-Pandemie dürfte jedoch kaum egalisierend wirken. Mit den Immun- und den Einkommensschwächsten traf das SARS-CoV-2 genannte Virus zwei sich personell überschneidende Bevölkerungsgruppen am stärksten. Obwohl die ohnehin brüchige Lebensgrundlage der Ärmsten (Obdachlose, Bettler/innen und Pfandsammler/innen) durch Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote zerstört wurde, die finanzielle Belastung von Transferleistungsbezieher(inne)n durch Schließung der meisten Lebensmitteltafeln zunahm und die Überschuldung unterprivilegierter Schichten stieg, kam von den staatlichen Rettungspaketen für die Wirtschaft im Kellergeschoss der Gesellschaft wenig an. Einerseits blieben Kurzarbeit für Beschäftigte, Konkurse von kleineren Unternehmen und Kündigungen nicht aus, andererseits realisierten Hedgefonds, Finanzinvestoren und Spekulanten durch Kurseinbrüche an den Börsen mittels Leerverkäufen von Aktien sogar Extraprofite. Wahrscheinlich hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich am Ende noch vertieft.

Das vorliegende Buch gliedert sich wie folgt: Zuerst werden Definitionen der Schlüsselbegriffe „Ungleichheit", „Armut" und „Reichtum", anschließend die wichtigsten Theorien und Theoretiker der sozioökonomischen Ungleichheit im deutschsprachigen Raum vorgestellt. Das zweite Kapitel behandelt Aussagen zur Sozialstruktur in (West-)Deutschland, die sich zwischen Empirie und Ideologie bewegen. Das dritte Kapitel rekonstruiert wichtige Ungleichheitsdiskurse und beleuchtet, wie über Armut und Reichtum nach dem Zweiten Weltkrieg geredet bzw. geschrieben wurde. Im vierten Kapitel geht es um verschiedene Ausprägungen der Ungleichheit, wobei neben der Einkommens- und Vermögensverteilung vor allem das Bildungs- und Gesundheitssystem in den Blick genommen werden. Das fünfte Kapitel dreht sich um die Entstehungsursachen der sozioökonomischen Ungleichheit, wobei die Globalisierung bzw. die neoliberale Modernisierung sowie Fehlentscheidungen und falsche Weichenstellungen der politisch Verantwortlichen eine Schlüsselrolle spielen. Auswirkungen und Folgen der sozialen Ungleichheit thematisiert das sechste Kapitel, in dem es um die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, die Prekarisierung der Lohnarbeit und die Pauperisierung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, aber auch um die politische Spaltung als nicht minder problematisches Resultat der soziolökonomischen Spaltung geht. Außerdem werden Gegenstrategien diskutiert und Lösungsmöglichkeiten eruiert. Die nach inhaltlichen Kriterien gegliederte Literaturauswahl am Ende des Buches eröffnet seinen Leser(inne)n die Möglichkeit, einzelne Aspekte des Themas zu vertiefen.

Köln, im Frühjahr 2020 Christoph Butterwegge

1 Definitionen, Dimensionen und Diskussionen über Grundlagen der gesellschaftlichen Ungleichheit

„Armut“ und „Reichtum“ sind ebenso wie „soziale“ bzw. „wirtschaftliche Ungleichheit“ heftig umstrittene, ja sogar stark umkämpfte, aber keine Kampfbegriffe, obwohl das Kritiker dieser Termini gern behaupten, denen jede Diskussion darüber als „Neiddebatte“ erscheint. Sie dienen vielmehr der notwendigen Beschreibung ebenso wie der analytischen Beurteilung von Eigentums-, Vermögens- und Einkommensverhältnissen in einer Gesellschaft. Um ihre Aussagekraft zu erhöhen, muss ein möglichst hohes Maß an Klarheit darüber herrschen, was unter den einzelnen Termini zu verstehen ist. Deshalb soll eine Arbeitsdefinition entwickelt werden, auf deren Grundlage die nachfolgenden Ausführungen besser verständlich sind. In einem zweiten Schritt werden prominente Theoretiker und wichtige Theorien der Ungleichheit vorgestellt, die jene Sozialstrukturanalysen befruchtet haben, von denen anschließend die Rede ist.

1.1 Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit als Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit

Die momentan in Deutschland lebenden Menschen sind weder biologisch noch sozial gleich, unterscheiden sich vielmehr im Alter, im Geschlecht, in der Größe, im Gewicht, im Körperbau, in der Haut-, Haar- und Augenfarbe sowie der Physiognomie – um nur einige phänotypische bzw. somatische Erkennungsmerkmale zu nennen –, aber auch im Hinblick auf ihre genetischen Dispositionen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie in Bezug darauf voneinander, wo sie wohnen (in der Stadt oder auf dem Land), in welchem Haushaltstyp und in welcher Familienform sie leben, welchen Beruf sie ausüben, ob sie Hobbys haben (und wenn ja, welche/s), ob sie regelmäßig Sport treiben (und wenn ja, welchen), usw. Die zuletzt genannten Eigenschaften der Individuen beruhen meistenteils auf persönlichen Entscheidungen, die sie mehr oder weniger freiwillig getroffen haben. Es handelt sich hierbei um spezifische Formen der Ungleichheit, die nicht schicksalhaft vorbestimmt oder von der Natur bedingt, vielmehr individuell und selbstgewählt sind.

Jene weit verbreitete Ungleichheit, von der im Folgenden gesprochen wird, ist hingegen systemisch begründet, ökonomisch determiniert und in Gestalt

von großen Bevölkerungsgruppen, Schichten oder Klassen sozial strukturiert; sie liegt also weder im eigenen Ermessen, noch ist sie einer natürlichen Ungleichheit der von ihr betroffenen Personen geschuldet. Vielmehr geht es um eine Form der Ungleichheit, die politisch organisiert, legitimiert und perpetuiert, im Fall eines grundlegenden Systemwandels bzw. -wechsels aber restrukturiert oder destruiert wird. Es handelt sich um *gesellschaftliche* Ungleichheit, die meistenteils in der Pluralform auftritt, weshalb eigentlich von Ungleichheit*en* die Rede sein müsste.

Schaut man genauer hin, gibt es mehrere Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit. Dabei sind drei von zentraler Bedeutung: die ökonomische, die soziale und die politische. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit hängen eng miteinander zusammen, gehen meistenteils sogar Hand in Hand. Um *wirtschaftliche* Ungleichheit handelt es sich dann, wenn die ökonomischen (Macht-)Strukturen eine Verteilungsschieflage beim Einkommen und/oder Vermögen hervorbringen, die bestimmte Personengruppen hinsichtlich der ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen privilegiert und andere diskriminiert. Von *sozialer* Ungleichheit sprechen wir dann, wenn gesellschaftliche Normen, Strukturen und/oder Institutionen bestimmte Personengruppen im Hinblick auf die Stellung oder den Status ohne sachlichen Grund benachteiligen, andere hingegen ohne sachlichen Grund bevorzugen. Von *politischer* Ungleichheit schließlich ist dann die Rede, wenn nicht alle Bürger/innen eines (demokratisch verfassten) Landes über dieselben Möglichkeiten der Einflussnahme auf staatliche Entscheidungsprozesse und Personalentscheidungen verfügen oder aufgrund fehlender materieller Ressourcen, struktureller Barrieren bzw. mentaler Restriktionen darauf verzichten, sie wahrzunehmen.

Während der sozialen Differenzierung die gesellschaftliche Arbeitsteilung zugrunde liegt, geht es bei der Ungleichheit um Rangunterschiede bzw. Statusdifferenzen, die auf privatwirtschaftlichen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen beruhen. Eine gewisse Schwierigkeit, die zur Unklarheit hinsichtlich der Begrifflichkeit führen kann, herrscht bezüglich der Abgrenzung zwischen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit. Obwohl der Mannheimer Soziologe Johannes Berger *wirtschaftliche* Ungleichheit im Kern als Ungleichverteilung von Einkommen *und Vermögen* definiert, von der man auch als distributiver Ungleichheit spricht, kapriziert er sich in seinen Vorlesungen zum Thema auf die Einkommensungleichheit.[1] Die hieraus resultierende Kluft zwischen Arm und Reich wird normalerweise als *soziale* Ungleichheit bezeichnet, was der Doppelbedeutung des Begriffs „sozial" geschuldet sein mag. Dieser meint im weiteren Sinne „gesellschaftlich" und im engeren Sinne das Gegenteil von „unsozial", deckt in diesem Fall also nur einen Teilbereich von Politik,

1 Vgl. Johannes Berger, Wirtschaftliche Ungleichheit. Zwölf Vorlesungen, Wiesbaden 2019, S. 30 und 43 ff.

Staat und Gesellschaft ab. Will man den engen Kausalzusammenhang zwischen beiden Ungleichheitsformen zum Ausdruck bringen, kann man sich für die terminologische Kombination „sozial-“ bzw. „sozioökonomische Ungleichheit“ entscheiden, was im Folgenden geschieht, sofern nicht ein spezieller Aspekt der Ungleichheit gemeint ist.

Die soziale Wertschätzung bzw. das Sozialprestige, welches bestimmte (Berufs-)Gruppen und ihre Mitglieder genießen, ist kein genuiner Quell der gesellschaftlichen Ungleichheit, wie der Soziologe Reinhard Kreckel bemerkt hat: „Es bezieht sich stets auf die ökonomischen Ressourcen und die sozialen Beziehungen, über die die Betroffenen verfügen können – ebenso aber auch auf deren hierarchische Stellung und auf das ihnen verfügbare Wissen.“[2] Drückt man es mit Begriffen der Systemtheorie aus, determiniert das ökonomische Subsystem in gewisser Weise die übrigen Subsysteme der Gesellschaft. Wenn man zusammen mit Pierre Bourdieu neben dem „ökonomischen Kapital“ noch das „soziale“ und das „kulturelle Kapital“ (sowie als übergeordnete Kategorie das „symbolische Kapital“) unterscheidet, um zwischen gesellschaftlichen Großgruppen bestehende Differenzen innerhalb eines mehrdimensionalen Raumes erfassen zu können, geht der genannte Bedingungszusammenhang leicht verloren, obwohl der französische Soziologe selbst das ökonomische Kapital gegenüber den anderen Kapitalformen priorisiert, d. h. als „dominierende Kapitalform“ bezeichnet hat.[3]

Man kann davon ausgehen, dass die ökonomische Ungleichheit der Schlüssel zur Erklärung gesellschaftlicher Verwerfungen unterschiedlicher Art ist. Denn sie strahlt auf die übrigen Gesellschaftsbereiche aus. Es gibt unterschiedliche Erscheinungsformen der Ungleichheit, die letztlich im wirtschaftlichen Bereich wurzeln. Bei der Ungleichheit handelt es sich allerdings nie um ein rein ökonomisches Problem. Vielmehr existieren mannigfache Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebensbereichen. Die wirtschaftliche Ungleichheit manifestiert sich hauptsächlich in sozialer Ungleichheit. Da beide nur schwer voneinander zu trennen sind, bietet sich der Begriff „sozioökonomische Ungleichheit“ als die gesellschaftliche Realität präziser erfassende Alternative geradezu an. Ökonomische und soziale Ungleichheit führen zwangsläufig auch zu politischer Ungleichheit, selbst dann, wenn es sich nicht – wie bei den USA, wo großer politischer Einfluss und hohe Staatsämter mittlerweile hauptsächlich extrem reichen Menschen vorbehalten bleiben – um eine Plutokratie oder eine Präsidialdemokratie mit plutokratischen Zügen handelt.

Verteilungskonflikte sind grundlegender Art, Beziehungs-, Anerkennungs-

---

2 Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2004, S. 66

3 Siehe Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983 (Soziale Welt, Sonderband 2), S. 189

und Wertschätzungskonflikte bleiben ihnen nachgeordnet. In der Hierarchie der verschiedenen Ungleichheitsdimensionen steht die Ökonomie zwar aufgrund der Tatsache, dass sie mit den materiellen Ressourcen die Basis für sämtliche menschliche Aktivitäten schafft, prinzipiell über dem Sozialen und der Politik, allerdings nicht in einer so mechanischen Weise, wie das der Marxismus behauptet, wenn man ausgerechnet seinen ärgsten Widersachern glaubt. Vielmehr haben Karl Marx, Friedrich Engels und ihre seriösen Anhänger immer die relative Autonomie, die funktionale Eigengesetzlichkeit und die Handlungsalternativen des „geistig-politischen Überbaus" hervorgehoben.

Ökonomistisch wäre es hingegen, allen Ernstes anzunehmen, dass man soziales Ansehen, aber auch weltanschauliche Überzeugungen, politische Orientierungen und religiöse Glaubensbekenntnisse eines Menschen unmittelbar aus den materiellen Lebensbedingungen von Klassen und/oder Schichten ableiten kann. Selbst wenn überhaupt kein Zusammenhang zwischen Ersteren und Letzteren bestünde, wäre es jedoch sinnvoll, durch eine Gesellschaftsanalyse sowohl jene Personengruppen zu ermitteln, die aufgrund ihrer gemeinsamen Lebensgrundlage und weitgehend übereinstimmender Existenzbedingungen die gleichen Interessen haben, wie auch jene Personengruppen, deren Interessen nicht harmonieren, sich entgegenstehen oder gar prinzipiell miteinander unvereinbar sind.

Intersektionalitätstheorien, die auf Erkenntnissen der US-amerikanischen Rechtswissenschaftlerin Kimberlé W. Crenshaw basieren, gehen davon aus, dass Klasse, Ethnie und Geschlecht zusammenhängende Quellen der Ungleichheit bzw. auf derselben Ebene zu analysierende Diskriminierungskategorien darstellen.[4] Zweifellos kumulieren Rassismus, „Klassismus" und Sexismus in der Wirkung auf die davon Betroffenen, grundlegend ist und bleibt aber die Eigentumsstruktur einer Gesellschaft. Dafür spricht jedenfalls, dass man dem saudischen Kronprinzen seine Hautfarbe und seine Religion ebenso wenig wie der Großunternehmerin ihr Geschlecht vorwirft. Umgekehrt wird ein weißer Mann, der nichts besitzt und womöglich Sozialleistungen des Staates bezieht, durchaus verachtet, was der nicht sehr glücklich gewählte Begriff „Klassismus" zum Ausdruck bringt.[5] Die sozioökonomische Ungleichheit als Hauptursache von Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen wird relativiert, wenn man so tut, als erwüchsen Praktiken der Diskriminierung wegen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der ethnischen Herkunft einer bestimmten Personengruppe nicht letzten Endes aus eben dieser Gesellschaftsstruktur. Ras-

---

4 Vgl. z. B. Gabriele Winker/Nina Degele, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, 2. Aufl. Bielefeld 2010; Helma Lutz/María Teresa Herrera Vivar/Linda Supik (Hrsg.), Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes, 2. Aufl. Wiesbaden 2013; Katrin Meyer, Theorien der Intersektionalität zur Einführung, Hamburg 2017

5 Vgl. dazu: Andreas Kemper/Heike Weinbach, Klassismus. Eine Einführung, 2. Aufl. Münster 2009

sismus und Sexismus wurzeln aber im Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Man kann sie politisch nur gemeinsam erfolgreich bekämpfen, sollte Ursache und Wirkung jedoch nicht miteinander verwechseln.

Wie gesagt, ist die sozioökonomische Ungleichheit nicht mit der Ungleichartigkeit von Individuen zu verwechseln. Gleichrangigkeit, Gleichwertigkeit bzw. Gleichwürdigkeit der Menschen ist ein humanistisches Grundprinzip, das im demokratischen Verfassungsrecht als Fundamentalnorm gilt, verhindert aber mitnichten sozioökonomische Ungleichheit. Diese hat viele Gesichter, ihr harter materieller Kern ist aber zumindest seit Beendigung des paradiesischen Idealzustandes der absoluten Gleichverteilung die Verteilungsschieflage beim (Produktiv-)Vermögen, während das Einkommen in diesem Zusammenhang eine nachgeordnete Rolle spielt, weil es zumindest teilweise daraus erwächst.

Der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheit liegen asymmetrische Machtbeziehungen zwischen meist im beschränkten Eigeninteresse handelnden (Kollektiven von) Menschen zugrunde. Produziert und reproduziert wird sie durch eine nichtegalitäre Verteilung der für das individuelle Wohlergehen, den materiellen Lebensstandard und den gesellschaftlichen Status einer Person entscheidenden Ressourcen, etwa Geld, Macht oder Wissen, an privilegierte bzw. unterprivilegierte Gruppen. Verantwortlich für diese Ungleichverteilung können einflussreiche Personen, Strukturen und Institutionen sein.

Heike Solga, Peter A. Berger und Justin Powell definieren *soziale Ungleichheit* im Unterschied zur *Verschiedenartigkeit* oder *Diversität* über die Verteilung (zu) knapper gesellschaftlicher Ressourcen auf Gruppen, deren Mitglieder dadurch entweder besser- oder schlechtergestellt werden: „Wir sprechen immer dann von sozialer Ungleichheit, wenn Menschen (immer verstanden als Zugehörige sozialer Kategorien) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind.“[6] Die soziale Ungleichheit kann demnach Ungerechtigkeit bedeuten, muss aber nicht mit Letzterer verbunden sein. Vielmehr gibt es auch Formen *legitimer* sozialer Ungleichheit, beispielsweise im Hinblick auf Berufe, die ein unterschiedliches Maß an Talent, Engagement und praktischer Routine erfordern, was sich in der Prestige- und Einkommenshierarchie niederschlagen darf. Kontrovers wird die Frage diskutiert, welche Form der sozialen Ungleichheit man als gerecht oder legitim und welche man als ungerecht oder illegitim ansehen kann.[7]

---

6 Heike Solga/Peter A. Berger/Justin Powell, Soziale Ungleichheit – kein Schnee von gestern!, Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 15

7 Vgl. dazu: Wilfried Hinsch, Gerechtfertigte Ungleichheiten. Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, Berlin/New York 2002; Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt, Ungleich gerecht? – Kritik

Als moderne Legitimationsbasis der sozioökonomischen Ungleichheit fungiert die Ungleichheit der Leistungen, welche die einzelnen Gesellschaftsmitglieder erbringen. Der in diesem Zusammenhang zentrale Begriff „Meritokratie“ stammt von dem britischen Soziologen und Labour-Politiker Michael Dunlop Young, dessen 1958 erschienene Dystopie *The Rise of the Meritocracy 1870-2033* ihn satirisch verwendete,[8] während ihn die spätere Rezeption seiner Partei zum Positiven wendete. Heike Solga, Direktorin der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), hat fünf Wesenszüge der „meritokratischen Leitfigur sozialer Ungleichheit“ herausgearbeitet: „(1) die ‚natürliche‘ Fundierung sozialer Ungleichheit, (2) die Darstellung von Ungleichheit als gesellschaftliches Funktionserfordernis, (3) die Notwendigkeit organisierter Bildungsprozesse, (4) die individuelle statt kategoriale Ungleichheitsdefinition sowie (5) die Entpersonifizierung der Definition von Leistung.“[9] Reinhard Kreckel hat die Leistungsideologie als wichtigstes Mittel zur Legitimation von sozialer Ungleichheit in fortgeschrittenen westlichen (ebenso wie in östlichen) Staatsgesellschaften bezeichnet und die „meritokratische Triade“ von Bildungsabschluss, beruflichem Rang und Geldeinkommen – in der genannten Reihenfolge – problematisiert: „Die Qualifikation eines Individuums *soll* in eine entsprechende berufliche Position konvertierbar sein, die berufliche Position *soll* mit einem ihr angemessenen Einkommen ausgestattet sein – so will es die Leistungsideologie.“[10]

Wenn die bestehende Wirtschaftsordnung statt sozialer Gerechtigkeit vermehrt Armut wie auch immer größeren Reichtum schafft, muss sie diese Ungleichverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und der Lebenschancen nachvollziehbar machen, um ihre Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu verlieren. Häufig werden Armut und Reichtum gerechtfertigt, indem man sie als Sachzwang und gesellschaftliches Ordnungsprinzip darstellt. Beispielsweise hielt die Wirtschaftsjournalistin Inge Kloepfer nichts von allgemeinen Klagen über steigende Armut, die es schon lange gebe, denn Chancen und Risiken, wie sie eine moderne Leistungsgesellschaft nun einmal mit sich bringe, müssten akzeptiert werden: „Armut oder, besser gesagt, relative Armut ist wahrscheinlich die notwendige Begleiterscheinung einer von ihrer Ausrichtung her meritokratischen Gesellschaft, in der sich ein jeder nach seiner Leistung einen Platz

---

moderner Gerechtigkeitsdiskurse und ihrer theoretischen Grundlagen, Hamburg 2012; Steffen Mau/Nadine M. Schöneck (Hrsg.), (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten, Berlin 2015

8 Vgl. Michael Young, Es lebe die Ungleichheit. Auf dem Weg zur Meritokratie, Düsseldorf 1961

9 Heike Solga, Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen, in: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hrsg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, 3. Aufl. Weinheim/Basel 2013, S. 23

10 Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, a.a.O., S. 97 (Hervorh. im Original)

erobert."[11] Tatsächlich ist Armut für die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich, diszipliniert sie doch unmittelbar Betroffene, Erwerbslose und Arbeitnehmer/innen gleichermaßen.

Strittig ist die Funktionalität der sozioökonomischen Ungleichheit, des Reichtums und der Armut für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Ungleichheit ist ein konstitutives Merkmal jeder kapitalistischen Gesellschaft, aber für diese auch insofern nützlich, als die Armut wie eine Drohkulisse, ein Druckmittel und ein Disziplinierungsinstrument wirkt, während der Reichtum umgekehrt als Leistungsanreiz, Lockmittel und Belohnung für aufstiegsorientierte Gruppen der Bevölkerung erscheint. Der britische Soziologe Thomas Humphrey Marshall charakterisierte diese Wechselbeziehung folgendermaßen: „Je mehr man Wohlstand als schlüssigen Beweis von Leistung sieht, desto mehr neigt man dazu, Armut als Zeichen des Versagens zu betrachten – wobei die Strafe für das Versagen größer zu sein scheint, als es der Verstoß verlangt."[12]

Vor allem in einem Land, das unter dem geistig-politischen Einfluss des Neoliberalismus steht und daher stark auf Leistung und ökonomischen Erfolg setzt, bedeutet Armut nicht bloß, dass ein Mangel an prestigeträchtigen Konsumgütern besteht, sondern auch, dass hiermit ein Makel verbunden ist, der das Selbstwertgefühl davon Betroffener erschüttert. Dies bedeutet jedoch weder, dass sozioökonomische Ungleichheit von jedem einzelnen politisch Verantwortlichen gewollt, noch gar, dass sie für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ungefährlich wäre. Armut und Reichtum wirken zusammen in dem Moment ausgesprochen kontraproduktiv, wo sie ein höheres Maß an sozialen Verwerfungen, (Gewalt-)Kriminalität und Drogenmissbrauch erzeugen.

1.2 Armut und Reichtum als Inbegriff der sozioökonomischen Ungleichheit

Für die meisten Bewohner/innen der Bundesrepublik drückt sich wirtschaftliche bzw. soziale Ungleichheit hauptsächlich im Gegensatz von materieller Armut und privatem Reichtum aus. Hierzulande ist das Verhältnis zwischen Armut und Reichtum, soweit es um deren Ursachen und genaue Dimensionen geht, dennoch – im Unterschied etwa zu den angelsächsischen und den skandinavischen Staaten – geradezu mit einem Tabu belegt.[13] Dass die Reichen nicht

11 Inge Kloepfer, Aufstand der Unterschicht. Was auf uns zukommt, Hamburg 2008, S. 281

12 Thomas H. Marshall, Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: ders., Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 56

13 Vgl. Werner Rügemer, Arm und reich, Bielefeld 2002, S. 6

gern über Armut sprechen, liegt nahe und ist verständlich; dass aber in großen Teilen der politischen und medialen Öffentlichkeit über die sozioökonomische Ungleichheit der Mantel des Schweigens gedeckt wird, leuchtet weniger ein. Auf die Frage, weshalb Ungleichheit schon in der „alten" Bundesrepublik ein Tabuthema war, gab der bekannte Soziologe und liberale Politiker Ralf Dahrendorf folgende Antwort: „Wenn man zugibt, daß die eigene Gesellschaft in sich Ungleichheiten und aus diesen erwachsende Spannungen kennt, akzeptiert man damit die Wahrscheinlichkeit ihres Wandels in eine noch ungewisse, offene, jedenfalls andere Zukunft. Soziale Ungleichheit und traditionale Verhaftung als solche benennen heißt sie in Frage stellen und zu ihrem Aufbruch den Anfang setzen."[14] Besonders der Begriff „Armut" ist zwar ein heftig umkämpfter, aber kein Kampfbegriff, wie Neoliberale, Konservative und Rechtspopulisten gern unterstellen.[15]

Ebenso wie Reichtum lässt sich Armut nur unter großen Schwierigkeiten von ähnlichen Lebenslagen abgrenzen und zahlenmäßig auch bloß schwer erfassen. Um die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen zu können, differenziert man in der Fachliteratur zwischen absoluter, extremer bzw. existenzieller Armut einerseits sowie relativer Armut andererseits. *Absolut* arm ist, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen vermag, also hungert, über kein sicheres Trinkwasser verfügt, keine den klimatischen Bedingungen angemessene Kleidung trägt, keine Wohnung bzw. kein Obdach hat und eine medizinische Grundversorgung entbehrt; *relativ* arm ist, wer zwar seine Grundbedürfnisse befriedigen, aber sich nicht am sozialen, kulturellen und politischen Leben beteiligen kann.

Armut und Reichtum bilden in einer kapitalistischen, „marktwirtschaftlich" organisierten und politisch stark am Neoliberalismus orientierten, d. h. von Ökonomisierungs-, Kommerzialisierungs- und Privatisierungsbestrebungen gekennzeichneten Gesellschaft wie der unseren die zentrale Achse der soziökonomischen Ungleichheit, welche sich in fast allen Lebensbereichen mit ähnlicher Wucht niederschlägt. Als politisch-normative Begriffe, die sich nur schwer und nicht ein für alle Mal definieren lassen, weil kein Grundkonsens der Gesellschaftsmitglieder darüber existiert, was sie bedeuten, rufen „Armut" und „Reichtum" je nach sozioökonomischer bzw. Klassenlage, politischer Überzeugung, Weltanschauung und Religion ganz unterschiedliche, ja gegensätzliche Assoziationen hervor. Beide sind relational, ergeben als Termini mithin bloß im Verhältnis zum Wohlstand jener Gesellschaft einen Sinn, in der ein davon Betroffener lebt.

In einem wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik sind Armut und Reichtum extreme, wenn nicht die extremsten Ausprägungen der sozioökono-

---

14 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 155

15 Vgl. dazu: Ulrich Schneider (Hrsg.), Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, Frankfurt am Main 2015

mischen Ungleichheit. Der Erfurter Soziologe Ronald Lutz sieht in der Armut ein „Resultat der Ungleichverteilung von Ressourcen“ bzw. in sozialstrukturelle Hinsicht das „Resultat einer extremen und sich verfestigenden sozialen Ungleichheit“ und definiert sie in Anlehnung an einen EG-Ministerratsbeschluss als eine Situation bzw. eine Lage, in der Einzelpersonen, Familien und Gruppen über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die ihre Gesellschaft als Existenzminimum begreift und sich in der jeweiligen Sozialgesetzgebung wiederfindet.[16] Deshalb ist für Lutz auch nicht Armut, sondern Ungleichheit das eigentliche Problem.

Joachim Rock hält es hingegen für eine Verkürzung und Verharmlosung, wenn die Debatte über Armut und Reichtum als Diskussion über „soziale Ungleichheit“ geführt wird, weil es sich dabei nicht bloß um ein Mehr oder Weniger an Gleichheit handle: „Es geht um materielle Not, um psychischen Stress und physische Notlagen, es geht um individuelle und kollektive Herabsetzung und soziale Ausgrenzung, und um die Frage, warum man sich damit nicht abfinden darf.“[17] Hier liegt offenbar ein Missverständnis, wenn nicht ein Scheingegensatz vor, denn Armut kann sowohl Ausdruck wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit als auch ein schwer erträgliches Schicksal sein. Der Bremer Soziologe Olaf Groh-Samberg wies jedenfalls zu Recht darauf hin, „dass Armut und soziale Exklusion gleichermaßen Ausdruck sind für die Problematik sich verschärfender Klassenungleichheiten.“[18]

Armut und Reichtum gehören ebenso fest zusammen wie Schwarz und Weiß, wie Licht und Schatten oder wie Tag und Nacht. Das eine kann es ohne das andere gar nicht geben, und beide bilden nicht nur einen begrifflichen Gegensatz, sondern auch eine strukturelle Einheit. Armut und Reichtum stehen zueinander in einem dialektischen Wechselverhältnis, was sich am Funktionieren einer kapitalistischen „Marktwirtschaft“ zeigt. „Reichtum produziert unter diesen Umständen Armut: Die Lohnkürzung des einen ist die Dividende des anderen.“[19]

Arm zu sein bedeutet mehr, als wenig Geld zu haben. In einem wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik ist Armut ein *mehr*dimensionales Problem, das ökonomische (monetäre), soziale und kulturelle Aspekte umfasst. Neben weitgehender Mittellosigkeit oder gravierenden monetären Defiziten (sprich:

---

16 Siehe Ronald Lutz, Soziale Erschöpfung. Kulturelle Kontexte sozialer Ungleichheit, Weinheim/Basel 2014, S. 30 f.

17 Joachim Rock, Störfaktor Armut. Ausgrenzung und Ungleichheit im „neuen Sozialstaat“, Mit einem Geleitwort von Ulrich Schneider, Hamburg 2017, S. 52

18 Siehe Olaf Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden 2009, S. 213

19 Dierk Hirschel, Armut und Reichtum, in: Gabriele Gillen/Walter van Rossum (Hrsg.), Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 55

miserablen Einkommens- und Vermögensverhältnissen); einem länger dauernden Mangel an lebensnotwendigen bzw. allgemein für unverzichtbar gehaltenen Gütern und Dienstleistungen, welcher einen gravierenden Ansehensverlust bei anderen Gesellschaftsmitgliedern bedingt; der Notwendigkeit, staatliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen, auf vergleichbare Formen der „Fremdalimentierung" zurückzugreifen oder den eigenen Lebensunterhalt durch Bettelei, evtl. auch durch illegale Formen des Broterwerbs bestreiten zu müssen, also keinerlei längerfristige Lebensplanung betreiben zu können; gravierenden Mängeln im Bereich der Wohnung, des Wohnumfeldes, der Haushaltsführung, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Freizeit und Kultur, die fast zwangsläufig zum Ausschluss der betroffenen Personen von einer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben führen; einem hohen Maß an Immobilität sowie einer allgemeinen Missbilligung der Lebensweise davon Betroffener, die marginalisiert, negativ etikettiert und stigmatisiert, d. h. ausgegrenzt und selbst für ihr Schicksal verantwortlich gemacht werden; ist die Macht- bzw. Einflusslosigkeit der betroffenen Personen in allen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen (Wirtschaft, Politik, staatlicher Verwaltung, Wissenschaft und Massenmedien) für relative Armut kennzeichnend.

Bei der Messung relativer Armut unterscheidet man zwischen Ressourcen- und Lebenslagenansätzen. Während sich Ressourcenansätze meist auf die *finanzielle* Situation eines Haushaltes konzentrieren, berücksichtigen Lebenslagenansätze auch die Versorgung seiner Mitglieder im Bereich der Erwerbstätigkeit, des Wohnens, der Gesundheit, der Bildung, der Kultur, der Freizeitgestaltung und des Sports. Was als großer Vorteil erscheint, schrumpft wegen der Operationalisierungsprobleme, die multidimensionale Armutsansätze aufweisen, jedoch zusammen. Nicht ignoriert werden sollte zudem die Gefahr, dass unter Berufung auf sie die überragende Bedeutung monetärer Aspekte für die einzelnen Lebenslagedimensionen relativiert wird. In einer Gesellschaft, in der das Geld so wichtig, aber auch so ungleich verteilt ist wie noch nie, bleiben Einkommen und Vermögen die zentralen Messgrößen für Armut und Reichtum. Ulrich Schneider hält das von der Europäischen Union seit den 1980er-Jahren verfolgte Konzept der relativen Einkommensarmut für den am ehesten zur Erfassung von Armutslagen in einem reichen Land wie der Bundesrepublik geeigneten Ansatz: „Selbst wenn darauf verwiesen wird, dass Arbeitslosigkeit doch das eigentliche Armutsproblem sei oder mangelhafte Bildung, wird nie bestritten, dass es am Ende doch wieder um das Einkommen geht. Denn genau dazu sollen Arbeit und Bildung verhelfen."[20]

Laut einer EU-Konvention aus dem Jahr 1984 gelten Menschen in einem

20 Ulrich Schneider, Armut kann man nicht skandalisieren, Armut ist der Skandal! – Vom Kampf um die Deutungshoheit über den Armutsbegriff, in: ders. (Hrsg.), Kampf um die Armut, a.a.O., S. 27

Mitgliedsland als armutsgefährdet oder -bedroht, die weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens (Armutsrisikoschwelle) zur Verfügung haben. Treffender wäre die Bezeichnung einkommensarm, denn von weniger als 999 Euro – da lag die Armutsgefährdungsgrenze im Jahr 2017 für Alleinstehende – musste auch die Wohnungsmiete bezahlt werden, was in Groß- und Universitätsstädten der Bundesrepublik aufgrund des hohen Mietniveaus bedeutete, dass sehr wenig Geld übrigblieb. Von den Niedrigeinkommensbezieher(inne)n dürften nämlich die wenigsten Wohneigentum besessen haben.

Um die Unterschiedlichkeit der Haushaltsgrößen zu berücksichtigen, benutzt man sog. Äquivalenzskalen und berechnet damit ein *bedarfsgewichtetes* Einkommen. Aus dem Nettoeinkommen jenes Haushalts, dem eine Person angehört, wird auf diese Weise mittels einer von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development, OECD) entwickelten und später zulasten von Mehrpersonenhaushalten und solchen mit Kleinkindern modifizierten Äquivalenzskala, die Einsparungen durch das gemeinsame Wirtschaften sowie die unterschiedlichen Bedarfe von Erwachsenen und Kindern berücksichtigt, das sog. Nettoäquivalenzeinkommen ermittelt.

Dass die relative Einkommensarmut im *Haushalts*kontext erhoben wird, rief Kritik seitens feministischer Armutsforscherinnen hervor. Karin Heitzmann wies die Hypothese, dass die in einem Haushalt vorhandenen Ressourcen gleich verteilt würden und somit alle seine Mitglieder entweder armutsgefährdet seien oder nicht, als Unterstellung zurück: „Armutsgefährdet sind Personen und nicht Haushalte."[21] Gleichwohl muss der Familienstand bzw. der Haushaltskontext berücksichtigt werden, in dem Menschen leben, soll kein falsches Bild ihrer Lebenssituation entstehen.

Je nachdem, welche der vier gängigsten Datenquellen, sei es die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (EVS), der Mikrozensus, das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) oder die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) man zugrunde legt, ergeben sich ganz unterschiedliche Armuts(risiko)grenzen und -quoten. Dass die Tücken der Armutsstatistik zum „Lügen mit Zahlen" verleiten,[22] lassen je nach Datenbasis und Erhebungsmethode stark voneinander abweichende Resultate erkennen. Entscheidend ist aber keineswegs, wo die Armutsgrenze liegt oder welche Armutsquote sich ergibt, sondern ob diese unter Verwendung derselben Datenquelle im Zeitverlauf sinkt oder steigt.[23]

---

21 Karin Heitzmann, Armut ist weiblich! – Ist Armut weiblich?, Gedanken zur sozio-ökonomischen Armutsforschung aus feministischer Sicht, in: dies./Angelika Schmidt (Hrsg.), Frauenarmut. Hintergründe, Facetten, Perspektiven, Frankfurt am Main 2001, S. 129

22 Siehe Gerd Bosbach/Jens Jürgen Korff, Lügen mit Zahlen. Wie wir mit Statistiken manipuliert werden, München 2011, S. 207 ff.

23 Vgl. Gerhard Willke, Armut – was ist das?, Eine Grundsatzanalyse, Hamburg 2011, S. 60

Die genannte Berechnungsweise, bei welcher nicht mehr der Durchschnitt aller Einkommen, sondern das Einkommen der mittleren Person in einer nach der Höhe ihres Einkommens geordneten Reihe aller Gesellschaftsmitglieder zugrunde gelegt wird, soll verhindern, dass Extremausschläge nach oben (Einkommen im mehrstelligen Millionenbereich) die Ergebnisse verzerren. Gleichwohl zog Olaf Groh-Samberg das arithmetische Mittel dem Zentralwert (Median) vor, was er wie folgt begründete: „Die Sensitivität des arithmetischen Mittelwerts gegenüber hohen Einkommen ist im Kontext des Konzepts relativer Armut theoretisch als Vorteil zu betrachten, weil auf diese Weise auch Veränderungen im oberen Einkommensbereich in die ‚Referenzgruppe' einbezogen werden."[24] Dagegen werde bei Verwendung des Medians implizit angenommen, dass sich die Gruppe der Armen nur am Wohlstand in der unteren Einkommenshälfte orientiere, weil er selbst dann unverändert bleibe, wenn sich das Einkommensvolumen des reicheren Bevölkerungsteils verdoppeln würde.

Armuts(risiko)schwellen, die sich auf relative Einkommensarmut beziehen, haftet immer etwas Willkürliches an. Groh-Samberg bemängelte denn auch, dass die Verwendung einkommensbasierter Armutsmaße in der deutschen Sozialberichterstattung klar vorherrscht. „Das Konzept der relativen Einkommensarmut kann weder das Ziel einer möglichst validen Messung von Armut erreichen, geschweige denn als ungleichheitssoziologisch durchdachtes Konzept von Armut gelten. Es ist ein statistischer, weitgehend bürokratischer Indikator der Ungleichverteilung von Einkommen im unteren Bereich, mit vielen Messfehlern behaftet und mit noch mehr ‚Ermessensspielräumen' ausgestattet, die mit einer gewissen inneren Zwangsläufigkeit den statistischen Ämtern die Deutungshoheit (welche Äquivalenzskala? Median oder Mean? Welche Schwelle?) überlassen."[25]

Noch größere Probleme gibt es bei der quantitativen Erfassung von *absoluter* Armut, wo die üblichen empirischen Methoden versagen: „Extreme Formen von Armut wie etwa bei Wohnungslosen, illegalisierten MigrantInnen, Suchtkranken und sehr stark deprivierten oder verschämten Gruppen sind der empirischen Analyse nur schwer zugänglich und können bestenfalls durch aufwendige qualitative Fallstudien erforscht werden."[26] Obwohl die Existenz absoluter Armut in Deutschland unter Hinweis auf das Recht zum Bezug staatlicher Grundsicherungsleistungen fast durchgängig geleugnet wird, kam der Kölner Ökonom Werner Schönig bereits kurz nach der Jahrtausendwende im Rahmen des Lebenslagenansatzes auf 200.000 bis 800.000 Personen.[27]

---

24 Olaf Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur, a.a.O., S. 43

25 Ebd., S. 272

26 Ebd., S. 124

27 Vgl. Werner Schönig, Gibt es in Deutschland absolute Armut?, in: Lothar F. Neumann/Hajo Romahn (Hrsg.), Wirtschaftspolitik in offenen Demokratien. Festschrift für Uwe Jens, Marburg 2005, S. 217 ff.

Um das Ausmaß der sozioökonomischen Ungleichheit in einer Gesellschaft zu erfassen, muss man Armut und Reichtum gleichermaßen berücksichtigen, weil sonst ein verzerrtes, zumindest jedoch ein unvollständiges Bild der Verteilungsrelationen entstehen würde. Die relative Armut ist nur im Kontext ihres terminologischen Pendants, des Reichtums, zu verstehen. Daher kann man, Max Horkheimers Sentenz über den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus abwandelnd, verlangen: Wer vom Reichtum nicht sprechen will, sollte auch von der Armut schweigen! Anders gesagt: Gäbe es keine großen Lohn-, Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den Menschen, würde man – zumindest in einem so wohlhabenden, wenn nicht reichen Land wie der Bundesrepublik – auch niemanden arm nennen können.

Eher noch schwieriger ist Reichtum zu definieren, schon weil er im Unterschied zur Armut weder eine starre Mindest- noch eine absolute Höchstgrenze kennt. Dorothee Spannagel hat in ihrer Dissertation überzeugend dargelegt, dass für eine Reichtumsdefinition der Ressourcenansatz herangezogen werden muss. „Reichtum beschreibt gesicherte überdurchschnittlich große Handlungsspielräume aufgrund einer entsprechend überdurchschnittlichen Ressourcenausstattung."[28] Wer reich ist, hat keine materiellen Probleme, muss nicht (mehr) erwerbstätig sein und kann auch ohne die Erschließung anderer Einkommensquellen bis ans Ende seiner Tage komfortabel leben. Um reich zu sein, muss man also über so viele liquide Mittel verfügen, dass man von den Zinsen des Kapitalstocks ohne finanzielle Sorgen sein Leben bestreiten kann. Der exakte Geldbetrag ist schwer zu beziffern, wegen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) allerdings zu vermuten, dass er gegenwärtig eher zehn als fünf Millionen Euro betragen muss.

Reichtum ist nicht in dem Sinne mit der Ausübung von Macht gleichzusetzen, dass jeder Reiche genauso viel politischen Einfluss wie Geld hat. Der Darmstädter Soziologe Michael Hartmann spricht in diesem Zusammenhang von Eliten, d. h. Personen, die qua Amt oder großem (Kapital-)Vermögen in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen: „Der zentrale Maßstab für die Zugehörigkeit zu einer Elite ist daher die Macht, über die eine Person verfügt."[29] Macht resultiert aus einer hervorgehobenen Stellung in einem Wirtschaftsverband, einer Partei bzw. einer mitgliederstarken Organisation oder aus (Kapital-)Reichtum. „Entweder steht man an der Spitze großer, einflussreicher Organisationen und/oder man verfügt über viel Kapital. Kapital – und nicht einfach Geld – ist in dieser Beziehung wichtig; denn Kapital verleiht Macht, Geld allein nicht."[30]

---

28 Dorothee Spannagel, Reichtum in Deutschland. Empirische Analysen, Wiesbaden 2013, S. 60

29 Michael Hartmann, Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt am Main/New York 2018, S. 33

30 Ebd., S. 35

Kapital ist die komplexeste und konzentrierteste, für seine Eigentümer den Profit erzeugende und am stärksten auf Machtentfaltung orientierte Erscheinungsform des Reichtums, Geld sein originäres Medium. Zumindest wer sehr reich ist, ist auch politisch einflussreich, sofern er sich darum bemüht. „Für den Reichen mag es zwar schwer sein, ins Himmelreich zu kommen, aber zu den höheren Ausschüssen einer politischen Partei oder zu einer Regierungspartei wird er relativ leicht Zugang finden. Er kann das politische Leben außerdem noch auf andere Weise beeinflussen: durch die Kontrolle von Kommunikationsmitteln, durch Anknüpfung von Beziehungen zu höheren politischen Kreisen, durch maßgebliche Beteiligung an pressure groups und beratenden Körperschaften dieser oder jener Art.“[31] Erst recht befähigt ein riesiger (Kapital-) Reichtum seine Nutznießer, wirtschaftlich und politisch Macht auszuüben, wie Armut für die Betroffenen umgekehrt bedeutet, im Alltagsleben politische und soziale Ohnmacht zu erfahren. „Der Arme genießt keinen dieser Vorteile: er hat keine Verbindungen zu einflußreichen Leuten, er kann der politischen Aktivität nur wenig Zeit oder Energie widmen und hat kaum Gelegenheit, sich eine gründliche Kenntnis politischer Ideen oder Fakten anzueignen.“[32] Wieder geht es nicht bloß um (mangelndes) Geld, obwohl dieses das Fundament des privaten Reichtums bildet und zur Kapitalbildung erforderlich ist. Kapitaleigentum ist diejenige Erscheinungsform des Reichtums, mit der sich besonders viel Macht über andere Menschen und gesellschaftlicher Einfluss verbinden lässt.

Für den Dortmunder Philosophen Christian Neuhäuser ist der Reichtum „ein moralisches Problem von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung“, das ein Zusammenleben der Menschen in Würde bisher verhindert hat.[33] Deshalb würde er den überbordenden Reichtum am liebsten ganz verbieten: „Eine gerechte Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Würde und Selbstachtung ermöglicht. In solch einer gerechten Gesellschaft gibt es nicht nur nach unten, sondern auch nach oben hin eine klare Grenze für erlaubte sozioökonomische Ungleichheit.“ Wenn der Reichtum allerdings ein strukturelles Problem ist, wie Neuhäuser bestätigt, nützt ein Verbot, das nicht bloß den unmittelbar Betroffenen willkürlich erscheinen würde, ziemlich wenig. Vielmehr müssten die gesellschaftlichen Strukturen verändert werden, um zu verhindern, dass zu großer Reichtum entsteht, und durch (steuer)politische Maßnahmen dessen Verringerung und die Umverteilung von oben nach unten vorangetrieben werden.

Hingegen plädierte der Düsseldorfer Soziologe Thomas Druyen dafür, Reichtum und Vermögen terminologisch im Sinne von Quantität und Qualität strikt

---

31 T. B. Bottomore, Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems, München 1966, S. 126

32 Ebd., S. 126 f.

33 Siehe Christian Neuhäuser, Reichtum als moralisches Problem, 2. Aufl. Berlin 2018, S. 28

voneinander zu trennen. Alles, was mit zählbaren materiellen Aspekten zusammenhängt wie Geld, Besitz oder Einkommen, wollte Druyen als Reichtum bezeichnet wissen; was der Einzelne damit anfängt, sollte hingegen seiner Meinung nach unter den Begriff des Vermögens bzw. der Vermögenskultur fallen: „In diesem Bereich geht es um ethische Entscheidungen und subjektive Weichenstellungen, um Begriffe wie Lebensstil, Glück, Lebensqualität, Verantwortung, Autonomie."[34] Während der Reiche nur an den Gewinn für sich selbst denke, nutze der Vermögende seine vielfältigen Möglichkeiten, um Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen und sie zukunftsfähig zu machen: „Reichtum steht in einer vergleichbaren Relation zum Vermögen wie Wissen zur Weisheit."[35] Dieser „erweiterte" Vermögensbegriff, der laut Wolfgang Lauterbach und Miriam Ströing „gesellschaftliche Verantwortungsübernahme, Kompetenzausübung und die praktische Umsetzung" einschließt,[36] ist jedoch missverständlich, wenn nicht ideologisch. Denn natürlich ist und bleibt jedes (Geld-)Vermögen zumindest im Alltagssprachgebrauch ein Vermögen, ganz unabhängig davon, wie sein Besitzer es im Einzelfall verwendet und von welchen Maximen er sich dabei leiten lässt.

Falls man zwischen Einkommens- und Vermögensreichtum unterscheidet, sollte Klarheit darüber herrschen, dass nur Letzterer reichtumsfördernd und -erhaltend zugleich wirkt, während Ersterer schlagartig entfallen kann, wenn die Einkommensquelle (z. B. durch eine Insolvenz oder eine fristlose Kündigung) plötzlich versiegt. Dies dürfte auch der Grund sein, weshalb sich das US-Wirtschaftsmagazin *Forbes* in seiner jährlich aktualisierten Liste *The World's Billionaires* auf Personen konzentriert, deren Privat*vermögen* mehr als eine Milliarde US-Dollar beträgt. Der ebenfalls jährlich erscheinende *World Wealth Report* der französischen Unternehmensberatung Capgemini und der US-Investmentbank Merrill Lynch unterscheidet zwischen „High Net Worth Individuals" (HNWIs) und „Ultra-High Net Worth Individuals" (U-HNWIs), die über ein Netto(finanz)vermögen von mindestens einer Million US-Dollar bzw. von mindestens 30 Millionen US-Dollar verfügen. Dementsprechend kann man differenzieren zwischen Wohlhabenden, Hochvermögenden und *Hyper*reichen – wohlgemerkt: nicht *Super*reichen; dieser erheblich geläufigere Begriff enthält nämlich eine positive Konnotation, die angesichts der Vermögenskonzentration in wenigen Händen nicht gerechtfertigt erscheint.

---

34 Thomas Druyen, Goldkinder. Die Welt des Vermögens, Hamburg 2007, S. 38

35 Ders., Vermögen ist mehr als Geld, in: Thomas Druyen (Hrsg.), Vermögenskultur. Verantwortung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2011, S. 16

36 Siehe Wolfgang Lauterbach/Miriam Ströing, Wohlhabend, reich und vermögend – Was heißt das eigentlich?, in: Thomas Druyen/Wolfgang Lauterbach/ Matthias Grundmann (Hrsg.), Reichtum und Vermögen. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung, Wiesbaden 2009, S. 14

Heute gilt die Soziologie der sozialen Ungleichheit als relativ gut entwickelt, wenngleich Reinhard Kreckel, einer ihrer führenden Vertreter, die Vernachlässigung des *globalen* Kontextes beklagt.[37] Die deutsche *Armuts*forschung erfuhr unmittelbar nach der Jahrtausendwende einen kräftigen Aufschwung, während die *Reichtums*forschung trotz der Armuts- *und* Reichtumsberichterstattung des Bundes, die seit 2001 in regelmäßigen Abständen erfolgt,[38] weiter vor sich hindümpelt. Wie hohe und höchste Einkommen bzw. Vermögen entstehen, liegt aufgrund fehlenden Quellen- und Datenmaterials noch weitgehend im Dunkeln.[39] Die empirische Ursachenforschung ist trotz vereinzelter, von der Bundesregierung bzw. dem federführenden Arbeits- und Sozialministerium in Auftrag gegebener Studien nach wie vor defizitär zu nennen.

Die extrem Reichen – Kapitalmagnaten, Großunternehmer, Finanzinvestoren und andere Hochvermögende – pochen üblicherweise auf Diskretion, und ihr Reichtum ist auch deshalb schwer zu erfassen, weil er sich möglichst gut versteckt bzw. tarnt, vor allem dann, wenn sich kritische Wissenschaftler/innen um die Offenlegung seiner genauen Höhe bemühen. Der Bochumer Hochschullehrer und Ungleichheitsforscher Ernst-Ulrich Huster hat daher festgestellt: „Reichtum gleicht einem scheuen Wild, die Sozialstatistik und die öffentliche Forschungsförderung tragen dem in hohem Maße Rechnung."[40] Weil alle verfügbaren Datengrundlagen die höchsten Einkommen entweder – wie die alle fünf Jahre erhobene EVS – aufgrund einer „Abschneidegrenze" gar nicht erfassen oder gerade im obersten Bereich wegen Verschleierungstaktiken der Spitzenverdiener besonders ungenau sind, verkennt man die Konzentration des Reichtums für gewöhnlich. Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben beispielsweise herausgefunden, dass auch Studien zu den Verteilungsrelationen auf der Basis von Bevölkerungserhebungen die Vermögensungleichheit in Deutschland tendenziell unterschätzen.[41]

Die exakte Anzahl der Reichen zu bestimmen fällt kaum leichter als die der Armen. In dem Bestreben, das Ausmaß des Reichtums empirisch zu erfassen, suchte Huster nach einer operationalisierbaren Definition. Dabei orientierte er

---

37 Vgl. Reinhard Kreckel, Soziologie der sozialen Ungleichheit im globalen Kontext, in: Michael Bayer u.a. (Hrsg.), Transnationale Ungleichheitsforschung. Eine neue Herausforderung für die Soziologie, Frankfurt am Main/ New York 2008, S. 23

38 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 4. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2016, S. 58 ff.; ders., Armut, 4. Aufl. Köln 2019, S. 33 ff.

39 Vgl. Dierk Hirschel, Einkommensreichtum und seine Ursachen. Die Bestimmungsfaktoren hoher Arbeitseinkommen, 2. Aufl. Marburg 2006, S. 23

40 Ernst-Ulrich Huster, Reichtum in einer reichen Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt am Main/New York 1993, S. 12

41 Vgl. Christian Westermeier/Markus M. Grabka, Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 7/2015, S. 123 ff.

sich an einem relativen Armutsbegriff und bestimmte eine Reichtums- in Analogie zu der seinerzeit im EG-Rahmen allgemein anerkannten Armutsschwelle von 50 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens: „Wenn ein Leben unterhalb der Hälfte dessen, was – im gewichteten Durchschnitt – einem Haushalt zur Verfügung steht, die Grenze zur Armut markiert, so bedeutet das Überschreiten des doppelten durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommens ebenfalls einen besonderen Einschnitt, der […] als Reichtumsgrenze gefaßt werden soll.“[42] Darüber hinaus sei der Nachweis einer besonderen Qualität beim Verbrauch in diesen Haushalten relevant. Auf dieser Grundlage gelangte Huster damals zu der prägnanten Anzahl von einer Million reichen Haushalten im vereinten Deutschland, die man getrost anzweifeln darf, denn wenn jemand die genannte Einkommensschwelle überschritt, gehörte er sicher zu den Besserverdienenden, aber nicht unbedingt zu den Reichen. Der in der Wissenschaft, aber auch der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes mittlerweile gebräuchliche Schwellenwert von 200 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens markiert eher eine *Wohlstands*grenze, weil Reichtum mehr ist, als ein doppelt so hohes Nettoäquivalenzeinkommen (gegenwärtig ca. 3.400 Euro pro Monat) wie der Bevölkerungsdurchschnitt zu haben.

Dorothee Spannagel bemerkte zwar, dass eine umfassende Definition des Reichtums auch das Vermögen mit einschließen muss, konzentrierte sich aber in ihrer empirischen Untersuchung auf den *Einkommens*reichtum, wobei sie der üblichen Praxis folgte, Personen oder Haushalte als reich zu bezeichnen, die über mehr als das Doppelte des mittleren Einkommens verfügen: „Liegt das Einkommen zwischen dem 1,5- und dem 2-Fachen, werden sie als wohlhabend bezeichnet. Ab dem 3-Fachen des Medians fängt großer Reichtum an.“[43] Von einem knapp oberhalb des Medianeinkommens angesiedelten Einkommen auf Wohlstand, von einem etwas größeren Einkommen auf Reichtum und von einem immer noch keineswegs sehr hohen Einkommen auf großen Reichtum zu schließen, hat etwas Absurdes. Großaktionäre, die dreistellige Millionenbeträge als Dividende beziehen, würden sich totlachen, wenn sie wüssten, dass ein Oberstudienrat wegen seines Gehalts bei Fachwissenschaftler(inne)n und der Bundesregierung als reich oder womöglich gar als sehr reich gilt. Auch ist das arithmetische Mittel beim Reichtum eindeutig aussagekräftiger als der Median.

Dierk Hirschel, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales beim ver.di.-Bundesvorstand, hat in seiner Doktorarbeit nachgewiesen, dass die Entstehung hoher *Arbeits*einkommen, auf die sich seine empirische Untersuchung konzentriert, mit der „individuellen Leistung“, d. h. entsprechenden Arbeitszeiten, Bildungsqualifikationen oder Berufserfahrung allein nicht zu erklären ist: „Die Sozialstruktur der Gesellschaft, arbeitsplatzgebundene Ursa-

42 Ernst-Ulrich Huster, Reichtum in einer reichen Gesellschaft, a.a.O., S. 11
43 Dorothee Spannagel, Reichtum in Deutschland, a.a.O., S. 60

chen sowie Institutionen haben einen stärkeren Einfluss auf die Entstehung hoher Einkommen als persönliche Charakteristika."[44] Zwar korrelieren individuelle Leistungskomponenten positiv mit der Höhe des Arbeitseinkommens, diese hängt aber stärker von der sozialen Lage und von der sozialen Herkunft ab, wie Hirschels deskriptive und multivariate Analyse bestätigte: „Die Klassen- oder Schichtenlage der Erwerbstätigen prägt ihre Einkommenserzielungschancen." Einen statistisch siknifikanten Zusammenhang ermittelte Hirschel auch beim Geschlecht: „Einkommensreichtum ist ein männliches Phänomen, das nicht auf unterschiedliche geschlechtsspezifische Qualifikationsniveaus zurückgeführt werden kann."[45] Außerdem variiert die Wahrscheinlichkeit hoher Einkommen nach den Untersuchungsergebnissen Hirschels mit dem Wirtschaftszweig und dem Wohnort der Beschäftigten. Unterschiedliche makroökonomische Rahmenbedingungen bewirken, „dass in Regionen mit einer überdurchschnittlichen konjunkturellen Entwicklung oder großen Agglomerationsvorteilen eine hohe Reichtumspopulation anzutreffen ist. Hohe Arbeitseinkommen werden in erster Linie in Wirtschaftszweigen realisiert, die über einen hohen Konzentrationsgrad, große Betriebsgrößen, hohe Profite, ein hohes Arbeitsproduktivitäts- und Wirtschaftswachstum etc. verfügen."

Armut und Reichtum bilden die äußersten Positionen auf einer Skala der gesellschaftlichen Ressourcenverteilung. Sie grenzen jedoch nicht aneinander, sind vielmehr durch eine Reihe materieller Zwischen- oder Mittellagen voneinander getrennt. Merkwürdigerweise gibt es im Deutschen keinen Begriff für eine Soziallage, die weder arm noch reich genannt werden kann. Am besten für eine solche Differenzierung eignet sich noch der Begriff „Wohlstand", welcher allerdings mehr zur Seite des Reichtums neigt. Darunter ist eine Soziallage zu verstehen, die als gesichert gelten kann, ohne dass materieller Überfluss oder die geringsten Ansätze zum Luxus herrschen.

Der Frankfurter Armutsforscher Werner Hübinger führte um die Mitte der 1990er-Jahre den Terminus „prekärer Wohlstand" in die deutsche Fachdebatte ein. Hübinger war die starke Häufung von Personen knapp oberhalb der damals mit 50 Prozent des durchschnittlichen gewichteten Haushaltsnettoeinkommens angesetzten Armutsschwelle aufgefallen, die sowohl von der Armuts- wie auch von der Sozialstrukturforschung vernachlässigt werde: „Schaut die Ungleichheitsforschung zu einseitig auf die sozialen ‚Mittellagen', so verengt sich der Blick der Armutsforschung auf das unterste Bevölkerungssegment und verkürzt auf diese Weise das Spektrum sozialer Ungleichheit."[46] Entsprechend seiner Unterleilung der Einkommenshierarchie in Armut sowie „prekären" und

44 Dierk Hirschel, Einkommensreichtum und seine Ursachen, a.a.O., S. 370

45 Ebd., S. 371

46 Werner Hübinger, Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit, Freiburg im Breisgau 1996, S. 18

„gesicherten Wohlstand“ schätzte Hübinger den Umfang dieser Segmente auf etwa 10 Prozent (Armut), zwischen 25 und 35 Prozent (prekärer Wohlstand) sowie zwischen 55 und 65 Prozent (gesicherter Wohlstand) der Bevölkerung,[47] was allerdings kein ausreichend differenziertes Bild ergab und die Nuancierung zwischen absoluter und relativer Armut ebenso ausblendete wie den Reichtum und großen Reichtum. Unter prekärem Wohlstand versteht man hierzulande seither die Soziallage von Menschen, die nahe der Armutsgrenze leben und jederzeit (wieder) darunter gelangen können.

1.3 Theoretiker und Theorien der sozioökonomischen Ungleichheit

Der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett hat kurz nach der Jahrtausendwende von einem „Zeitalter der Ungleichheit“ gesprochen.[48] Die soziale Ungleichheit bildet denn auch eine gesellschaftstheoretische Schlüsselfrage, wie Reinhard Kreckel bemerkte. Er bezeichnete sie als „eine von Menschen gemachte und somit auch von Menschen veränderbare Grundtatsache heutigen gesellschaftlichen Lebens“, der seine *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit* gewidmet war.[49] Man braucht auch kein Prophet sein, um voraussagen zu können, „dass soziale Ungleichheit das gesellschaftliche Megathema der nächsten dreißig Jahre sein wird. Die großen Trends, die unsere Lebensweise auf dem Globus verändern, wie der klimatische, der demographische sowie der digitale Wandel werden von der weltweit sich verändernden gesellschaftlichen Ungleichheit gebrochen. Schließlich hängt es von unserer Ausstattung mit Geld, Macht und Wissen ab, wie uns der Klimawandel trifft, wie sich unser Lebensalter vor, mit und vor allem nach der Erwerbsarbeit gestaltet und welchen Nutzen wir aus den Angeboten digitaler Lebensassistenz ziehen können.“[50] Ob sich die soziale Ungleichheit verschärft, ob sie gleichbleibt oder ob sie abnimmt, hängt allerdings davon ab, wie sich die Gesellschaft, ihre Führungsgruppen und politisch Verantwortlichen zu dem Problem verhalten. Umso wichtiger ist es, sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche theoretischen Zugänge als Grundvoraussetzung sowohl der empirischen Analyse wie auch der Erfolg versprechenden Gegenstrategie es gibt.

Theorien versuchen ein Phänomen oder einen Prozess zu erklären, d. h. deren Ursachen zu entschlüsseln und darzulegen, wann und unter welchen Umständen sie entstehen. Wenn ein Konzept der sozialen Ungleichheit deskriptiv

47 Vgl. ebd., S. 216

48 Siehe Richard Sennett, Respekt im Zeitalter der Ungleichheit, Berlin 2004

49 Siehe Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, a.a.O., S. 13

50 Heinz Bude/Philipp Staab, Einleitung: Kapitalismus und Ungleichheit – neue Antworten auf alte Fragen, in: dies. (Hrsg.), Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Frankfurt am Main/New York 2016, S. 7

bleibt, das Problem also nur beschreibt, statt es zu erklären, kann von einer Theorie nicht die Rede sein. In der Geschichte der sozioökonomischen Ungleichheit gab es nur wenige Theoretiker/innen, die entscheidende, bis heute richtungweisende Beiträge zum Verständnis des Phänomens geleistet haben. Von ihnen sollen die wichtigsten Repräsentanten vorgestellt, ihre Verdienste um die Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften gewürdigt und ihre Ansätze erläutert werden.

1.3.1 Karl Marx, Friedrich Engels und die Klassenanalyse

Jahrhundertelang wurde die wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit entweder als naturgegeben oder als gottgewollt angesehen. Die großen Philosophen der griechischen Antike, selbst meistenteils reichen Familien entstammend, behandelten die Ungleichheit in ihren Schriften entweder überhaupt nicht oder begriffen sie als tragende Säule der Gesellschaft, die als anthropologische Konstante zu hinterfragen an Blasphemie grenze. Sklavenhalter, Feudalherren und absolutistische Herrscher hatten natürlich kein Interesse an einer Diskussion über die Hintergründe ihrer privilegierten Stellung, während es den Leidtragenden der Ungleichverteilung von ökonomischen Ressourcen, Macht und Rechten an Möglichkeiten fehlte, ihre Kritik daran öffentlich zu artikulieren.

Erst seit der europäischen Aufklärung, den bürgerlichen Revolutionen und dem Sturz vieler Monarchien bedarf Ungleichheit der politischen Legitimation, sofern sie weder natürlich noch sachlich bzw. fachlich, etwa durch Ausbildungs-, Wissens- und Kompetenzunterschiede zwischen bestimmten (Gruppen von) Personen, begründet ist. Vorher wurden Ungleichheitsstrukturen auch von den negativ Betroffenen im Wesentlichen ohne kollektiven Protest und Widerstand akzeptiert. Nur besonders gebildete Minderheiten begaben sich auch schon zu jener Zeit auf die Suche nach den Ursachen der ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichheit, die weit verbreitet und zudem extrem stark ausgeprägt war.

Der französische Literat und Philosoph Jean-Jacques Rousseau beteiligte sich 1754 an einer Ausschreibung der Académie des Dijon, deren aus zwei Teilen bestehende Preisfrage lautete, welchen Ursprungs die Ungleichheit unter den Menschen und ob diese durch das Naturrecht autorisiert sei. Ohne damit die ausgelobte Goldmedaille im Wert von 30 Pistolen zu gewinnen, gab Rousseau darauf die folgende, mittlerweile klassisch zu nennende Antwort: „Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und es sich einfallen ließ zu sagen: *dies ist mein* und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Not und Elend und wie viele Schrecken hätte derjenige dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle herausgerissen oder den Graben

zugeschüttet und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: ‚Hütet euch, auf diesen Betrüger zu hören; ihr seid verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören und die Erde niemandem.'"[51]

Niemand hat die negative Wirkung des Privateigentums (an Grund und Boden), ausgehend von einem Naturzustand der sozialen Gleichheit aller Menschen, jemals prägnanter charakterisiert als Rousseau mit diesen Worten. Johannes Berger kritisierte gleichwohl 250 Jahre später, dass Rousseaus Erklärung für die soziale Ungleichheit als pauschale Verdammung des Privateigentums fehlinterpretiert werde. Berger deutete Rousseaus Erklärung für die Existenz sozioökonomischer Ungleichheit in seinem Sinne um, wonach im Privateigentum zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Entstehung sozialer Ungleichheit zu sehen ist. Rousseau habe durch die Problematisierung der Landnahme sein Hauptaugenmerk darüber hinaus auf die *marktmäßige Beschränktheit* des Bodens gerichtet, der (im Unterschied zum Kapital) nicht vermehrt werden kann. Demnach hätte Rousseau erkannt, dass Ungleichheit auf Einhegungen, also auf Zugangsbeschränkungen, beruhe: „Daher wäre es verfehlt, das genaue Gegenteil von Zugangsbeschränkungen, die freie Konkurrenz, für die Entstehung, den Fortbestand und die Zunahme ökonomischer Ungleichheiten verantwortlich zu machen, so populär diese Auffassung heute auch sein mag."[52]

Interessanter als die Tatsache, dass Berger einen der geistigen Väter der Großen Französischen Revolution für seine wirtschaftsliberale Position zu vereinnahmen suchte, ist der Umstand, dass Rousseau sämtliche Ausprägungen der Ungleichheit, die er in seiner berühmten Abhandlung nannte: Adel bzw. Rang, Macht, persönliches Verdienst und Reichtum, auf Letzteren als erste Stufe bzw. Urform der Ungleichheit zurückführte.[53] Offenbar hielt Rousseau die Einkommens- und Vermögensverteilung für das zentrale Kriterium zur Beurteilung des Maßes der sozialen Egalität in einem Land und den Gegensatz zwischen Arm und Reich für die ausschlaggebende Scheidelinie in jeder auf privatem Eigentum basierenden Gesellschaft. Wenn man überdies bedenkt, dass Rousseau im Ancien Regime lebte, also nicht in einer entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft, war seine Konzentration auf die Landnahme und den privaten Grundbesitz als Quellen der sozioökonomischen Ungleichheit mehr als verständlich. Marxens Kritik der politischen Ökonomie knüpfte unge-

---

51 Jean-Jacques Rousseau, Diskurs über die Ungleichheit/Discours sur l'inégalité. Kritische Ausgabe des integralen Textes, 7. Aufl. Paderborn 2019, S. 173 (Hervorh. im Original)

52 Johannes Berger, „Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen". Zur Vergangenheit und Gegenwart einer soziologischen Schlüsselfrage, in: Zeitschrift für Soziologie 5/2004, S. 356

53 Vgl. Jean-Jacques Rousseau, Diskurs über die Ungleichheit/Discours sur l'inégalité, a.a.O., S. 255; Johannes Berger, „Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen", a.a.O., S. 358

fähr 100 Jahre später daran bruchlos an, indem sie die gesellschaftliche Arbeitsteilung, das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Aneignung des Mehrprodukts durch eine privilegierte Minderheit für die Klassenspaltung verantwortlich machte.

Georg Friedrich Wilhelm Hegel hielt die soziale Ungleichheit bereits für ein Schlüsselthema der Gesellschaftstheorie. In seiner 1820 erschienenen *Rechtsphilosophie* behandelte er Armut und Reichtum nicht als Strukturgegensätze, sondern als zusammengehörige, die bürgerliche Gesellschaft verbindende Pole. Auch benutzte Hegel mit Blick auf die Arbeiterschaft schon damals den Klassenbegriff, um sie als das negative Ergebnis der Ungleichheit verkörpernde Bevölkerungsgruppe zu kennzeichnen. Hegel beklagte die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen: „Durch die *Verallgemeinerung* des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und herbeizubringen, vermehrt sich die *Anhäufung der Reichtümer* – denn aus dieser gedoppelten Allgemeinheit wird der größte Gewinn gezogen – auf der einen Seite, wie auf der andern Seite die *Vereinzelung* und *Beschränktheit* der besonderen Arbeit und damit die *Abhängigkeit* und *Not* der an diese Arbeit gebundenen Klasse, womit die Unfähigkeit der Empfindung und des Genusses der weiteren Freiheiten und besonders der geistigen Vorteile der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt."[54]

Etymologisch geht der Klassenbegriff übrigens auf die Steuerklassen im Alten Rom zurück, deren sich die Zensoren bedienten, um die Bürger der Stadt nach ihrem Einkommen zu veranlagen. Für den Berliner Philosophen als führenden Denker seiner Zeit wurden Arme erst durch die innere Empörung gegenüber den Reichen, der Gesellschaft und der Regierung zum „Pöbel", wie er auch ihre Arbeitsscheu und ihren Drang kritisierte, die Subsistenz als Recht geltend zu machen: „Gegen die Natur kann kein Mensch ein Recht behaupten, aber im Zustande der Gesellschaft gewinnt der Mangel sogleich die Form eines Unrechts, was dieser oder jener Klasse angetan wird. Die wichtige Frage, wie der Armut abzuhelfen sei, ist eine vorzüglich die modernen Gesellschaften bewegende und quälende."[55] Weiter stellte Hegel an gleicher Stelle fest, „daß bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern."

Der Hannoveraner Soziologe Oskar Negt hat unter Berufung auf Hegel den sich zuspitzenden Widerspruch thematisiert, dass der Kapitalismus ein Übermaß an Ressourcen hervorbringt, ohne die soziale Ungleichheit beseitigen zu können, und in diesem Zusammenhang gegenwartsbezogen konstatiert: „Wenn

54 Siehe Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: ders., Werke, Bd. 7, Frankfurt am Main 1970, S. 389 (Hervorh. im Original)

55 Ebd., S. 390

eine Arbeits- und Erwerbsgesellschaft, die in beschleunigtem Tempo Reichtum produziert, mit dem Armutsproblem nicht fertig werden kann, dann ist das ein Zeichen, daß eine historisch entstandene Verteilungsordnung überholt ist."[56] Die Erlanger Politikwissenschaftlerin Ina Schildbach bescheinigte Hegel in ihrer Dissertation zwar „Hellsichtigkeit hinsichtlich der Brisanz der Armutsfrage", bemängelte aber, dass er sie „in ihrer politischen Dimension" unterschätzt habe.[57] Hegel habe die Armut als eines der zentralen Probleme moderner Gesellschaften erkannt, jedoch übersehen, „dass sich ein moderner Staat nicht darauf beschränken kann, Menschen als Eigentümer zu definieren und erst im Nachhinein bei eingetretenen Schäden durch die ökonomische Konkurrenz einzugreifen."[58]

Zusammen mit einem Gleichgesinnten, seinem Freund und politischen Kampfgefährten Friedrich Engels, griff Karl Marx in mehreren Schriften den Grundgedanken Rousseaus zur sozioökonomischen Ungleichheit, aber auch Hegels Reflexionen zum Thema „Armut und Reichtum" auf. Armut und Reichtum betrachtete Marx, insoweit Hegel folgend, als sich ergänzende, zueinander in einem dialektischen Wechselverhältnis stehende Kontrapunkte eines Grundproblems, das die bestehende Gesellschaft nicht zu lösen vermag, weil sie eben darauf basiert. Er wies im *Elend der Philosophie*, seiner 1847 erschienenen Replik auf Pierre-Joseph Proudhons *System der ökonomischen Widersprüche oder Philosophie des Elends*, darauf hin, „daß die Produktionsverhältnisse, in denen sich die Bourgeoisie bewegt, nicht einen einheitlichen, einfachen Charakter haben, sondern einen zwieschlächtigen; daß in denselben Verhältnissen, in denen der Reichtum produziert wird, auch das Elend produziert wird; daß in denselben Verhältnissen, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte vor sich geht, sich eine Repressionskraft entwickelt; daß diese Verhältnisse den bürgerlichen Reichtum, d. h. den Reichtum der Bourgeoisklasse, nur erzeugen unter fortgesetzter Vernichtung des Reichtums einzelner Glieder dieser Klasse und unter Schaffung eines stets wachsenden Proletariats."[59]

Für Marx verkörperten Klassen die Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse einer Gesellschaft, erklärten aber zugleich, wohin sich diese entwickelt. Demnach bilden sie nicht bloß deren Sozialstruktur ab, bestimmen vielmehr auch die Richtung und das Tempo des sozialen Wandels. Die soziale Ungleichheit beruht auf der ökonomischen Ungleichheit, die sich in der Klassenspaltung manifestiert und im politischen Machtgefüge reproduziert. Marx

---

56 Oskar Negt, Arbeit und menschliche Würde, Göttingen 2001, S. 240

57 Siehe Ina Schildbach, Armut als Unrecht. Zur Aktualität von Hegels Perspektive auf Selbstverwirklichung, Armut und Sozialstaat, Bielefeld 2018, S. 353

58 Siehe ebd., S. 351

59 Siehe Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends", in: ders./Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 4, Berlin (DDR) 1959, S. 141

hielt die bestehende, aus der Kapitalreproduktion resultierende Klassenherrschaft des (Groß-)Bürgertums für total, wenn nicht totalitär.

Die herrschende Klasse spielte für Marx eine Schlüsselrolle im handlungs- wie im strukturtheoretischen Sinne. Für den zeitgenössischen Staatsrechtslehrer, Nationalökonomen und Sozialreformer Lorenz von Stein basierte die Klassenherrschaft auf dem Besitz. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts unterschied von Stein drei große Besitzklassen – den Grundbesitz, den Geldbesitz und den industriellen Besitz, auch Besitz an sog. stehendem oder festem Kapital genannt. Laut von Stein bestand ein Grundwiderspruch darin, dass zwar jedes Gesellschaftsmitglied dem Staat gegenüber als gleich und frei galt, die Gesamtheit der Bürger aber nicht gleich war: „Wir sehen vielmehr in der Gesellschaft stets als ihr allgemeinstes und unabänderliches Verhältnis eine *herrschende* und eine *abhängige* Klasse."[60] Weil der seiner Idee nach Gleichheit erstrebende Staat die Existenz der Letzteren jedoch aufheben müsse, bemächtige sich die herrschende Gesellschaftsklasse der Staatsgewalt.[61]

Für den US-amerikanischen Soziologen Charles Wright Mills war der Terminus „herrschende Klasse" hingegen nicht stimmig, weil im ersten Teil politischer und im zweiten Teil ökonomischer Natur. In seinem 1956 erschienenen Hauptwerk *The Power Elite* unterschied Mills stattdessen zwischen einer „Funktions-" und einer „Machtelite", die seinem Buch den Titel gab. Letztere rekrutiert sich aus den Inhabern von Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Politik und Militär: „Sie leiten die großen Wirtschaftsunternehmen. Sie sitzen an den Schalthebeln des Staatsapparates und beanspruchen für sich alle Vorrechte, die sich daraus ergeben. Sie befehligen die Streitkräfte. In unserer Gesellschaftsstruktur nehmen sie die strategisch wichtigen Kommandostellen ein. Sie verfügen damit auch über alle Mittel, von der Macht, dem Reichtum und der Prominenz, deren sie sich erfreuen, wirksam Gebrauch zu machen."[62]

Der britische Soziologe Tom B. Bottomore hob in seinem 1964 erschienenen Buch *Elites and Society* hervor, dass der Elitegedanke ursprünglich im Gegensatz zur Idee der sozialen Klassen stand.[63] Von dem italienischen Rechts- und Sozialwissenschaftler Gaetano Mosca übernahm Bottomore den Begriff „politische Klasse" zur Kennzeichnung jener Gruppen in der Gesellschaft, die politische Macht oder politischen Einfluss ausüben und sich am Kampf um die Führung der Regierungsgeschäfte beteiligen; innerhalb der politischen Klasse unterschied Bottomore noch einmal die politische Elite als eine kleinere Grup-

60 Lorenz von Stein, Der Begriff der Gesellschaft und die Gesetze ihrer Bewegung, in: ders., Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, Bd. 1: Der Begriff der Gesellschaft und die soziale Geschichte der Französischen Revolution bis zum Jahre 1830, Darmstadt 1959, S. 47 (Hervorh. im Original)

61 Vgl. ebd., S. 49 f.

62 C. Wright Mills, Die Machtelite, Frankfurt am Main 2019, S. 49

63 Vgl. dazu und zum Folgenden: T.B. Bottomore, Elite und Gesellschaft, a.a.O., S. 14 f.

pe, deren Mitglieder faktisch die politische Macht in Händen halten. Sie umfasst Regierungsmitglieder und die höchsten Verwaltungsbeamten, Militärbefehlshaber, teilweise auch politisch bedeutsame Familien aus den nobelsten Kreisen und Leiter mächtiger Wirtschaftsunternehmen. Die politische Klasse wiederum besteht aus mehreren Gruppen, die kooperieren, miteinander um die Macht konkurrieren oder einander bekämpfen. Sinn macht der Elitebegriff nur, wenn er im Plural verwendet und nicht gegen Marxens Terminus der herrschenden Klasse ausgespielt wird.

Vermittelt über den Staat als Instrument der jeweils herrschenden Klasse, legitimiert der ideologische Überbau für Marx und Engels die Machtkonstellation an der ökonomischen Basis. Das von ihnen 1845/46 verfasste, unter dem Titel *Die deutsche Ideologie* bekanntgewordene Manuskript illustrierte den zugrunde liegenden Mechanismus an folgendem Beispiel: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind."[64] Indizien dafür finden sich bis heute in der Alltagssprache: Paradoxerweise heißt „Arbeitnehmer", wer seine Arbeitskraft verkauft, also weggibt; „Arbeitgeber" wird jedoch genannt, wer die Arbeitskraft anderer gegen Lohn kauft, also nimmt. Dieser lässt sein Geld oder sein Kapital „arbeiten", obwohl noch nie jemand einen Euro-Schein bei der Arbeit gesehen hat und das Arbeiten häufig gerade jene Menschen tun, die wenig Geld haben. Während der Begriff „Unternehmer" im positiven Sinne das wagemutige und risikofreudige Handeln der betreffenden Person ausdrückt, spricht niemand von den Unternommenen, die als bloße „Mitarbeiter" und als Käufer der von diesen hergestellten Produkte für den Gewinn des Kapitaleigentümers sorgen.

Marx und Engels hatten erkannt, dass soziale Ungleichheit in einer Klassengesellschaft wie der bürgerlich-kapitalistischen nicht bloß möglich, für diese vielmehr notwendig und konstitutiv ist. Dies bedeutet aber nicht, dass sie durch den ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess automatisch erzeugt und ohne Mitwirkung des politischen, kulturellen und ideologischen Überbaus der Gesellschaft perpetuiert wird. In dem politischen Manifest, das Marx zusammen mit Engels im Dezember 1847/Januar 1848 für den Bund der Kommunisten verfasste, fungierten die Klassen nicht bloß als sozialstrukturelle

64 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: MEW, Bd. 3, Berlin (DDR) 1958, S. 46 (Hervorh. im Original)

Basiskategorie, sondern auch als historische Subjekte, die in blutige Schlachten gegeneinander ziehen. Jede ihnen bekannte Gesellschaft bestand Marx und Engels zufolge aus unterdrückenden und unterdrückten Klassen, weshalb sie die (schriftlich überlieferte) Geschichte aller bisherigen Gesellschaften zu Beginn des ersten Kapitels prägnant als „Geschichte von Klassenkämpfen" bezeichneten.[65] Waren es früher Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, die sich unversöhnlich gegenüberstanden, so hatten sich die Klassengegensätze im bürgerlichen Zeitalter laut Marx und Engels weiter vereinfacht: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat."[66] Sozialstrukturell erwarteten Marx und Engels im Zuge der weiteren Konzentration des Kapitals also eine fortschreitende Polarisierung, der schließlich auch das in Deutschland besonders wichtige Kleinbürgertum zum Opfer hätte fallen müssen.[67]

Das Proletariat bezeichneten die Verfasser des *Kommunistischen Manifests* als „unterste Schicht" der kapitalistischen Gesellschaft, während die herrschenden Schichten ihren „Überbau" bildeten.[68] Schaut man genauer hin, besteht aber weder ein Subordinationsverhältnis noch eine Hierarchie zwischen den Klassen, sowenig beide mit Armut und (in klingender Münze auszurechnendem) Reichtum deckungsgleich sind. Auch scheint es so, als gebrauchten Marx und Engels die Begriffe „Klasse" und „Schicht" als Synonyme. Vermieter, Einzelhändler, Pfandleiher und ähnliche Berufsgruppen, die den Lohn der Proletarier vereinnahmten, zählten sie zur Bourgeoisie, deren Kern die Industriellen bildeten. Kleinunternehmer, Mittelständler, Kaufleute, Rentiers, Handwerker und Bauern sanken der Tendenz nach zur Arbeiterklasse herab, die gewissermaßen als Sammelbecken aller Deklassierten fungierte: „So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung."[69]

Zu den Proletariern gehörten für Marx und Engels aber auch Beschäftigte höherer Gehaltsstufen, die man heutzutage vermutlich der Mittelschicht zurechnen würde, wie folgendes Zitat aus dem *Manifest* zeigt: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt."[70] Offenbar erwarteten Marx und Engels am Vorabend der französischen Februar- und der deutschen Märzrevolution 1848 eine weitere Verarmung der

65 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, a.a.O., S. 462
66 Ebd., S. 463
67 Vgl. ebd., S. 484
68 Siehe ebd., S. 472 f.
69 Ebd., S. 469
70 Ebd., S. 465

Proletarier, denn sie prognostizierten: „Der moderne Arbeiter […] sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden."[71]

Zwar berücksichtigte die Klassenanalyse von Marx und Engels nicht alle Verästelungen der Sozialstruktur, erhellte jedoch die historischen Entstehungszusammenhänge, ökonomischen Herrschaftsverhältnisse und politischen Machtstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft. Marx und Engels zufolge entstehen Klassengesellschaften, wenn sich eine Personengruppe aufgrund ihrer privilegierten Stellung im Prozess der materiellen Produktion das gesellschaftliche Mehrprodukt anzueignen vermag. Zwar kam es weder zu einer allgemeinen Pauperisierung des Proletariats – sieht man von von den total verelendeten Arbeitern in der sog. Dritten und Vierten Welt ab – noch zu einer Proletarisierung der Mittelschichten. Dagegen hat sich Marxens These einer fortschreitenden sozioökonomischen Polarisierung zwischen den beiden Grundklassen – die Grundeigentümer gingen wie prognostiziert in der Bourgeoisie auf – im weiteren Verlauf der Geschichte des metropolitanen Kapitalismus als zutreffend erwiesen.

Wiewohl er zusammen mit Engels die historisch-materialistische Klassenanalyse begründet hat, nahm Marx keineswegs das Verdienst für sich in Anspruch, die Existenz von Gesellschaftsklassen aufgedeckt oder deren Kämpfe gegeneinander als entscheidende Triebkraft der Geschichte herausgearbeitet zu haben, wie er in einem Brief an den nach der Märzrevolution in die USA emigrierten deutschen Kommunisten Joseph Weydemeyer ausführte.[72] Vielmehr hat Marx laut seinem eigenen Bekunden gezeigt, dass 1. die Klassenstruktur der Gesellschaft aus dem Charakter der materiellen Produktion ableitbar ist, dass 2. die Klassenherrschaft der Bourgeoisie auf revolutionärem Weg durch die Klassenherrschaft („Diktatur") des Proletariats abgelöst wird und dass 3. hieraus eine klassenlose Gesellschaft hervorgeht, die er als Kommunismus bezeichnete.

Marxens kaum zu bestreitende Pionierleistung auf dem Gebiet der Sozialstrukturanalyse bestand darin, die Schlüsselkategorie „Klasse" nicht mehr bloß deskriptiv, sondern als einen Strukturbegriff zu verwenden, der sowohl mit den grundlegenden Machtkonstellationen wie mit den ökonomischen Bewegungsgesetzen der jeweiligen Gesellschaftsformation in einem Kausalzusammenhang steht. Nur bei Marx und Engels findet man eine konsistente, in sich stringente

71 Ebd., S. 473

72 Vgl. Marx an Joseph Weydemeyer in New York, 5. März 1852, in: MEW, Bd. 28, Berlin (DDR) 1970, S. 507 f.

Theorie, die soziale Ungleichheit aus den Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise ableitet und darzulegen vermag, warum eine kleine Bevölkerungsgruppe die große Mehrheit in der bürgerlichen Gesellschaft ökonomisch ausbeutet und politisch-ideologisch beherrscht.

Der dritte und letzte Band von Marxens Hauptwerk *Das Kapital*, den Engels 1894 herausgab, endete mit einem unvollendet gebliebenen 52. Kapitel, das den Titel *Die Klassen* trägt und bereits im ersten Absatz von Lohnarbeitern, Kapitalisten und Grundeigentümern als den „drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft" spricht.[73] Anschließend wies Marx darauf hin, dass sich diese Klassengliederung selbst in England, dem damals entwickeltsten Industriestaat überhaupt, (noch) nicht voll herausgebildet habe und dass es „Mittel- und Übergangsstufen" zwischen den Hauptklassen gebe.

An die Stelle der Gliederung in Stände, wie es sie im Feudalismus gab, war die Einteilung der Gesellschaft in unterschiedliche Klassen getreten. Bourgeoisie und Proletariat personifizierten für Marx den kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung. Neben den, aber auch und innerhalb der drei genannten Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft gab es Rand-, Übergangs- und Zwischenschichten, die jeweils spezifische und voneinander abweichende Interessen hatten. Die herrschende Bourgeoisie zerfiel in mehrere Kapitalfraktionen, etwa das Handels-, Manufaktur-, Industrie- und Bankkapital sowie die Finanzoligarchie, wie es eine selbstständige und eine lohnabhängige Mittelschicht und neben der Arbeiterklasse das Sub- bzw. „Lumpenproletariat" der Obdachlosen, Bettler und Vagabunden gab.

Michael Mauke lieferte zu Beginn der 1970er-Jahre eine Begriffsdefinition, die er aus den einschlägigen Schriften von Marx und Engels extrapolierte: „Klassen sind Großgruppen von Menschen, die nicht primär durch bewußten Zusammenschluß, sondern durch ein kollektives Verhältnis des Eigentums bzw. Nichteigentums an den sachlichen Produktionsbedingungen naturwüchsig konstituiert werden."[74] Je nachdem, um welche Produktionsweise es sich handelt – antike, asiatische, feudale, kapitalistische oder sozialistische – ändern sich die Klassenverhältnisse sowie die bestehenden Gesellschaftsklassen und ihre Beziehungen zueinander.

„Klassen" bezeichneten für Marx viel mehr als Großgruppen von Menschen, die gemeinsame Wirtschaftsinteressen haben, leitete er doch sowohl die Entstehungsbedingungen von wie auch die Beziehungen zwischen den Klassen aus der spezifischen Produktionsweise einer Gesellschaft ab. Insofern bildeten

---

73 Siehe Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, Berlin (DDR) 1964, S. 892

74 Michael Mauke, Die Klassentheorie von Marx und Engels, Frankfurt am Main 1970, S. 16

Klassen als kollektive Akteure im Geschichtsprozess für ihn das bis dahin fehlende Bindeglied zwischen der Strukturanalyse des Kapitalismus und einer politischen Handlungstheorie, die erklären sollte, wie diese Gesellschaftsformation funktioniert und warum sie überhaupt existiert, aber auch, durch welches historische Subjekt sie in einem revolutionären Akt der Machtergreifung und der grundlegenden Transformation überwunden werden kann.

Natürlich stellte Marx die Frage, was eine Klasse ausmache bzw. wodurch Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer zu den Mitgliedern der drei großen Hauptklassen würden. Nur auf den ersten Blick sei das die Übereinstimmung in Bezug auf ihre Revenuen und Revenuequellen: „Es sind drei große gesellschaftliche Gruppen, deren Komponenten, die sie bildenden Individuen, resp. von Arbeitslohn, Profit und Grundrente, von der Verwertung ihrer Arbeitskraft, ihres Kapitals und ihres Grundeigentums leben."[75] Marx gab jedoch zu bedenken, dass unter diesen Voraussetzungen z. B. Ärzte und Beamte zwei weitere Klassen bilden würden, weil sie unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen angehören, bei denen die Revenuen ihrer Mitglieder aus derselben Quelle fließen. „Dasselbe gälte für die unendliche Zersplitterung der Interessen und Stellungen, worin die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit die Arbeiter wie die Kapitalisten und Grundeigentümer – letztre z. B. in Weinbergsbesitzer, Äckerbesitzer, Waldbesitzer, Bergwerksbesitzer, Fischereibesitzer – spaltet." An dieser zentralen Textstelle brach das Marx'sche Manuskript ab.

Für puren Schein hielt es Marx, dass Menschen aufgrund desselben Berufs, desselben Prestiges, der gleichen Einkommensquelle bzw. -höhe oder desselben Bildungsstandes eine gemeinsame Klasse bilden. Nötig war und ist dafür hingegen, dass sie die gleiche Stellung im ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess einnehmen und gemeinsam für dessen Aufrechterhaltung sorgen. „Nicht die formale ‚Dieselbigkeit' von Einkommen und Einkommensquelle determiniert die Existenz einer Klasse, sondern die Relation des Verhältnisses zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung, zu den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen und damit zum gesellschaftlichen Mehrprodukt."[76]

Die sozioökonomische Ungleichheit hatte für Marx in den Klassengesellschaften systemischen Charakter. Wenn der Strukturzusammenhang von privatkapitalistischer Produktion und klassenspezifischer Distribution, also die Kausalität ungleicher Eigentums- und ungerechter Verteilungsverhältnisse, begriffen wird, erschließt sich auch die Wechselbeziehung zwischen Armut und Reichtum im bestehenden Gesellschaftssystem. Standen beide vorher für sich und getrennt nebeneinander, verband Marx beide durch seine Kritik der politischen Ökonomie miteinander und stellte sie in den gesetzmäßigen Kontext der Kapitalakkumulation. Demnach entsteht Armut durch Reichtum ebenso wie

75 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3, a.a.O., S. 893
76 Michael Mauke, Die Klassentheorie von Marx und Engels, a.a.O., S. 72

Reichtum durch Armut,[77] weil und insofern die sozioökonomische Ungleichheit in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen wurzelt. Marx plädierte für die Abschaffung des Kapitaleigentums, weil es, wie er im April/Mai 1871 anlässlich der Pariser Kommune schrieb, „die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt."[78]

Mit seiner Kritik der politischen Ökonomie als Fundament einer historisch-materialistischen Klassenanalyse ist Marx bis heute der wichtigste Theoretiker der sozialen Ungleichheit geblieben. Zusammen mit Engels, dem wir eine materialreiche Untersuchung zur damaligen Lage der Arbeiterklasse in England verdanken, hat er die Analyse der Sozialstruktur theoretisch fundiert und empirisch befruchtet. Engels leistete nicht bloß einen richtungweisenden Beitrag zur Industrie-, sondern auch zur Stadtsoziologie, als er die sozialräumliche Segregation der Großstädte des Vereinigten Königreiches mit der Klassenspaltung in Verbindung brachte: „Jede große Stadt hat ein oder mehrere ‚schlechte Viertel', in denen sich die arbeitende Klasse zusammendrängt. Oft freilich wohnt die Armut in versteckten Gäßchen dicht neben den Palästen der Reichen; aber im allgemeinen hat man ihr ein apartes Gebiet angewiesen, wo sie, aus den Augen der glücklicheren Klassen verbannt, sich mit sich selbst durchschlagen mag, so gut es geht."[79]

Eine soziale Klasse besteht zwar aus einer unterschiedlich großen Anzahl von Personen, basiert jedoch auf spezifischen Funktionen im ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess, weshalb sich ihre personelle Zusammensetzung permanent verändert. Der österreichische Nationalökonom Joseph A. Schumpeter hat die Sozialstrukturtheorie in einem am 19. November 1926 unter dem Titel „Führerschaft und Klassenbildung" gehaltenen Vortrag an der Universität Heidelberg durch eine prägnante Metapher ergänzt, die verdeutlicht, dass es sich beim Klassenbegriff um eine Strukturkategorie handelt, die Zusammensetzung der damit bezeichneten Personengruppen aber fortwährend wechselt: „Jede Klasse gleicht während der Dauer ihres Kollektivlebens oder der Zeit, während welcher ihre Identität angenommen werden kann, einem Hotel oder einem Omnibus, die zwar immer besetzt sind, aber von immer andern Leuten."[80]

Der US-amerikanische Ökonom Paul M. Sweezy griff Schumpeters Hotel-Metapher auf, um das Ausmaß der sozialen Mobilität zu illustrieren, und kon-

---

77 Vgl. Günther Salz, Armut durch Reichtum. Soziale Brennpunkte als Erbe der Sozialen Frage: praktische Erfahrungen und theoretische Einsichten, Freiburg im Breisgau 1991, S. 40 ff.

78 Siehe Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW, Bd. 17, Berlin (DDR) 1962, S. 342

79 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigner Anschauung und authentischen Quellen, in: MEW, Bd. 2, Berlin (DDR) 1957, S. 259

80 Joseph A. Schumpeter, Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu, in: ders., Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, S. 171

statierte in einem zu Beginn der 1950er-Jahre entstandenen Manuskript, dass Klassengesellschaften keine geschlossene Kastengesellschaften seien: „Man kann eine soziale Klasse mit einem Hotel vergleichen, das immer Gäste hat, von denen die einen ständig dort wohnen und die anderen auf der Durchreise sind. […] Das Hotel ist immer besetzt, aber immer mit neuen Leuten, die eben angekommen sind und, mit wenigen Ausnahmen, bald wieder abreisen werden.“[81] Sweezy unterschied zwischen „ökonomischen“ und „sozialen Klassen“, wobei er Letztere mit den Familien als eigentlichem Kern des Klassensystems in Verbindung brachte und an der Bereitschaft zur Eheschließung mit Angehörigen derselben Klasse festmachte: „Ob zwei Familien derselben Klasse angehören oder nicht, läßt sich ablesen an der Freizügigkeit, mit der sie untereinander heiraten (in Wirklichkeit oder potentiell).“[82]

Ulrich Beck, ein damals noch in Bamberg und später in München lehrender Soziologe, wendete Schumpeters berühmtes Omnibus-Bild in seinem Buch *Risikogesellschaft* auf die sich während der 1980er-Jahre verfestigende Massenarbeitslosigkeit an: „Der Bus der Massenarbeitslosigkeit ist mit einer Gruppe von Stammarbeitslosen besetzt, die sich durch Sitzenbleiben herauskristallisiert. Ansonsten herrscht aber ein allgemeines Kommen und Gehen. Es steigen immer wieder neue Personen zu und andere aus.“[83] Ob sich unter Rekurs auf die berühmte Bus-Metapher eine Temporalisierung des Phänomens der Arbeitslosigkeit und der sozialen Polarisierung begründen lässt, wie Peter A. Berger mit seinem Begriff der „Ungleichheitsphasen“ suggerierte,[84] erscheint allerdings zweifelhaft.

Klassen sind ein Konstrukt, das es Forscher(inne)n erlaubt, die Sozialstruktur einer Gesellschaft zu entschlüsseln, ihre ökonomischen Entstehungszusammenhänge zu begreifen und auf objektive Entwicklungsgesetze zurückzuführen. Zugleich sind Klassen insofern real, als sie unterschiedliche, in der materiellen Produktion wurzelnde Lebenslagen und Beziehungen großer Bevölkerungsgruppen zueinander verkörpern. Zwar sind mitnichten alle Sozialstrukturanalytiker/innen, die den Klassenbegriff verwenden, Marxist(inn)en. Aber sämtliche von Marx und Engels beeinflusste Sozialstrukturanalytiker/innen verzichten nicht auf ihn. Kein anderer Terminus ist ähnlich symbolträchtig und prägnant wie jener, wenn es darum geht, die ökonomische Architektur und die soziale Struktur einer Gesellschaft zu analysieren. Für die Mar-

81 Paul M. Sweezy, Zum Begriff der herrschenden Klasse, in: ders., Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie, Frankfurt am Main 1970, S. 74

82 Ebd., S. 72

83 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 146 f.

84 Siehe Peter A. Berger, Ungleichheitsphasen. Stabilität und Instabilität als Aspekte ungleicher Lebenslagen, in: ders./Stefan Hradil (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile (Soziale Welt, Sonderband 7), Göttingen 1990, S. 319 ff.